

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile ober deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Revolution!

* Leipzig, 3. Dezember.

Der deutsche Reichstag hat gestern den Staatsstreich proklamiert. Die Körperschaft, die dazu berufen ist, Gesetze zu sanktionieren, hat ihr eigenes Gesetz, ihre Geschäftsordnung, zum drittenmal verleugnet, mit Füßen getreten, prostituiert. Sie hat ihre Verfassung, die zugleich ein Bestandteil der Verfassung des deutschen Reiches ist, zerbrochen wie ein wurmfressiges Rohr, sie hat die Anarchie zur Staatseinrichtung erhoben und alle zukünftigen Staatsverbrechen im voraus legitimiert. Das deutsche Reich ist mit dem geistigen Auge in eine Umwälzung seiner politischen Institutionen, in eine Revolution eingetreten; denn auch der Staatsstreich, die Konterrevolution, ist eine Revolution.

Es giebt kein Recht, kein Gesetz mehr in Deutschland, nachdem die Recht schaffende, Gesetz gebende Gewalt sich zum Umsturz des Rechts, zur Gesetzlosigkeit bekannt und die Diktatur der Brotwuchermehrheit konstituiert hat. Gäbe es noch ein Recht in deutschen Landen oder hätte es ein verfassungsmäßig geschütztes Recht hier zu Lande je gegeben, so müßten die ordentlichen Gerichte den Zolltarif annullieren, so müßte die Gerichtshoheit gegen die gesetzgebende Gewalt aufstehen und in richterlichen Urteilen letzter Instanz feststellen, daß dieser Zolltarif, der gesetzwidrig zu stande gekommen ist, nicht rechtsverbindlich ist. Aber es giebt keinen verfassungsmäßig garantierten Rechtszustand in deutschen Landen; es giebt keine souveränen Richter, sondern nur eine staatlich abhängige Justizbureaucratie und — einen Reichsgerichtsrat Spanh. Der Reichstag war die einzige souveräne Rechtsinstitution im deutschen Reich, er war der einzige Schöpfer und Bürge des geschriebenen Rechts; nachdem der Reichstag sich außerhalb der Verfassung gestellt hat, ist der verfassunglose, der rechtlose Zustand fertig, und der Terrorismus der Mehrheit ist das oberste Gesetz. Wenn es heute dieser Mehrheit einfallen sollte, im Einverständnis mit dem Bundesrat das Reichstagswahlrecht zu ändern, das Strafrecht, das Handelsrecht, das Münz- und Währungsrecht, das Bürgerliche Gesetzbuch, kurz die ganzen Rechtsinstitutionen des deutschen Reichs zu eskamotieren, so brauchte sie nur die Arbeit weniger Stunden, um den ganzen statlichen Bau des deutschen Reichs mit ihrem neuerfundenen Geschäftsordnungsdynamit in die Luft zu sprengen und den Buchstabenstaat der berühmten Sammlungspolitik zu improvisieren. Es hängt lediglich von dem Belieben, von der Willkür der

Reichstagsmehrheit und im besten Falle noch von dem staatsmännischen Ermessen der Regierung ab, ob der bestehende „Rechtszustand“ noch eine Stunde länger andauern soll. Das aber ist kein verfassungsmäßiger, kein gesetzlicher Zustand, sondern die Proklamierung der Anarchie unter scheinrechtlichen Formen.

Es giebt keinen Reichstag mehr. Es giebt nur noch eine Reichstagsmehrheit, die blindwütig von Staatsstreich zu Staatsstreich taumelt. Der Reichstag hat sein Mandat zerrissen; er hat sich aus der freigewählten Repräsentation des Volkes in das usurpatorische Parlament einer Klasse verwandelt, er hat, wie Karl Marx von der französischen Nationalversammlung vor dem napoleonischen Staatsstreich sagte, die Muskeln selbst entzwei geschnitten, die den parlamentarischen Kopf mit dem Körper des Volkes verbunden haben. Die gesetzgebende Gewalt hat politischen Selbstmord begangen.

Die Exekutivgewalt, die Regierung ekliptisiert sich scheinbar vollständig. Sie beugt sich scheinbar unter das agrarische Joch, indem sie den Antrag Kardorff stillschweigend acceptiert. Sie sieht der Selbstzerfleischung des deutschen Parlamentarismus mit verschlungenen Armen zu, um nachher die Früchte des parlamentarischen Staatsstreichs einzuharfen. Hinter der Koalition der Brotwucherer stehen schon die Füße derer, die das deutsche Parlament zu Grabe tragen sollen. Nach dem parlamentarischen Staatsstreich der Bourgeoisie kommt der Cäsarismus. Das ist die Ordnung im ABC der Geschichte der modernen Klassenkämpfe.

Der 2. Dezember hätte die Koalition der Brotwuchermehrheit warnen können. Genau vor 50 Jahren hat der Cäsarismus in Frankreich die politische Summe aus den Sünden der Nationalversammlung gezogen, die dort zur Diktatur der Soldateska geführt haben. Der 2. Dezember — das war die „Schrift an der Wand“, die die Koalition der Brotwucherer nicht zu entziffern verstanden hat.

Genau denselben Weg, den jetzt der deutsche Reichstag beschritten hat, ist vor mehr als 50 Jahren die französische Nationalversammlung gegangen. Sie hat angefangen mit dem 13. Juni 1840, wo sie den Freibrief der parlamentarischen Immunität zerriss und die Montagne, die sozialistisch-demokratische Bergpartei, in Anklagezustand versetzte. Sie hat ihren eigenen Staatsstreich abgeschlossen durch das Gesetz vom 31. Mai 1850, wodurch das allgemeine Wahlrecht abgeschafft und geächtet wurde. Das war die Vollendung ihrer Staatsstreichpolitik; alle früheren Gewalttätigkeiten hatten nur einen provisorischen Charakter. Sie hatte durch ihre Verwässerungen an der Februar-Revolution die moralische

Herrschaft über die Volksmassen verloren und konstituierte sich darum als Ausschuß der bestehenden Klassen. Durch den Staatsstreich vom 31. Mai legitimierte sie den Staatsstreich vom 2. Dezember 1852; die Nationalversammlung arbeitete nur für Bonaparte; die Diktatur der Nationalversammlung war die Vorbereitung des Cäsarismus. Mit dem 31. Mai trat die Nationalversammlung von der politischen Bühne ab, um nur ein Scheinleben hinter den Coullissen weiterzuführen, und am 2. Dezember beförderte sie der Fußtritt eines Konstablers ins Jenseits.

Wir stehen in Deutschland am Anfang einer politischen Umwälzung, einer Revolution. Nicht die Krone hat die Initiative zur Konterrevolution ergriffen, sondern die Bourgeoisie. Nur der erste Schritt kostet die Kraft des Entschlusses auf der abschüssigen Bahn; dann treibt der politische Machtkampf die Bourgeoisie durch ihr eigenes Schwergewicht weiter bis zu den Konsequenzen, an deren Ende die politische Abdankung der Bourgeoisie und die Diktatur des Säbels steht.

Mit der Vorbereitung der Reichstagswahlen treten alle bürgerlichen Parteien in Deutschland in ihre große Krise ein. Diese Krise wird zugleich die Krise des Reichstagswahlrechts sein. Entweder bestätigt das Reichstagswahlrecht den Staatsstreich der Brotwucherkoalition; dann ist die Diktatur der Reichstagsmehrheit legitimiert. Oder aber das Reichstagswahlrecht entscheidet gegen sie; dann wird es kassiert. Wenn der Appell an die Wähler verfehlt, werden die Brotwucherparteien im Namen der Ordnung an die Exekutivgewalt, an die Armes appellieren, und die Regierung wird den Willen der Bourgeoisie vollstrecken, um Bourgeoisie und Proletariat gemeinsam ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Das ist die Perspektive, die der 2. Dezember zeigt. Aber das deutsche Proletariat von 1902 ist nicht die französische Montagne, und die Geschichte wiederholt sich nicht in schulgerechten Entwicklungen. Was vor 50 Jahren die Farce der Bourgeoisie und des diese ablösenden Cäsarismus war, kann diesmal zur Tragödie beider werden. Die Reichstagsmehrheit hat die Schrift an der Wand nicht zu entziffern vermocht; das deutsche Proletariat wird sie deuten.

Unser parlamentarischer Verfallertalter schreibt uns aus dem Reichstag: Just auf den fünfzigsten Jahrestag des napoleonischen Staatsstreichs haben die agrarischen Herren im deutschen Reichstago die Geschäftsordnung nun völlig verewaltigt und ein empörendes Beispiel dafür gegeben, zu was die reaktionäre Masse fähig ist, wenn sie sich im Besitz der Gewalt fühlt. Der 2. Dezember 1902 wird in der Geschichte des deutschen Parla-

Seuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Der Grabenhäger fand, daß der Mann gar nicht so übel sei. Man hatte ihm ein ganz falsches Bild gegeben von dem Nagahiner. Klavens Art zu sprechen war ruhig, bestimmt und selbstbewußt. Wenn er auch kein Eleganz war in seiner Erscheinung, so hatte doch sein Wesen etwas Bornehmes. Wie stach dagegen Malkin Pantin ab, der bereits einigen Flaschen den Hals gebrochen hatte, und sich jetzt mit dem Furgaster Merkwitz herumzankte. Klavens sah man sein eigenes Wort noch verstehen konnte, über dem Schreien dieser beiden Krakeeler.

Inzwischen war auch Graf Wieten eingetreten. Kriebow erhob sich mit verschiedenen anderen, ihn zu begrüßen.

Der alte Herr überfah die Versammlung. „Ach, da haben wir ja auch den Nagahiner!“ sagte er, Klavens erblickend. „Ein Wort zu Ihnen, mein lieber Klavens. Bleiben Sie nur, Kriebow! — Das können alle hören. Ich hasse die Heimlichkeiten unter Kavaliere.“

Der Grabenhäger war gespannt; was nun erfolgen werde. Klavens war aufgestanden und vor den Grafen hingetreten, den er fragend anblickte.

„Man sagt mir, Herr von Klavens, daß Sie den Wunsch hätten, von der Kreisversammlung für den Landratsposten vorgeschlagen zu werden. Ist das an dem?“

„Allerdings, Herr Graf! Und ich glaube, das ist

mein gutes Recht!“ erwiderte Klavens, den Kopf zurückwerfend, wie einer, der sich auf einen Angriff vorbereitet.

„Gewiß, gewiß!“ sagte der Graf, seine verbindliche Miene nicht aufgebend, und legte ihm die Hand auf den Arm. „Gewiß ist das Ihr gutes Recht! Aber ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen — in Ihrem eigenen Interesse thue ich das — Sie haben wenig Chancen. Ich sage es Ihnen offen heraus: Sämtliche Herren, die Sie hier sehen, haben einen anderen Kandidaten.“

„Das weiß ich, Herr Graf!“

„Und daß Sie bei den Vertretern der Stadt- und Landgemeinden einen nennenswerten Anhang finden werden, bezweifle ich.“

„Ich sehe voraus, daß ich nur eine ganz schwache Minorität auf mich vereinigen werde.“

„Dann würde ich Ihnen doch raten, Herr von Klavens, davon abzusehen, daß Ihr Name überhaupt genannt wird. Jetzt ist Ihnen noch ein ehrenvoller Rückzug möglich. Anderenfalls ist es doch eine Art von Blamage für Sie, das gebe ich Ihnen zu bedenken. Es würde auch nach außen hin einen besseren Eindruck machen, wenn bei einer solchen Gelegenheit unter den Vertretern des Großgrundbesitzes volle Einigkeit herrschte. Also seien Sie vernünftig, verzichten Sie! Wir meinen es gut mit Ihnen.“

Klavens schüttelte den Kopf. „Der Eindruck, den eine etwaige Uneinigkeit innerhalb des Großgrundbesitzes machen kann, scheint mir viel weniger bedenklich, als der schlechte Eindruck, den die einmütige Aufstellung Ihres Kandidaten, und gerade dieses Kandidaten, machen muß.“

„Nanu!“ riefen mehrere.

„Malte, er schimpft auf Ihren Protegé,“ flüsterte der Ernsthöfer Tichow dem Langendammer zu.

„Wie — was!“ schrie Malte los. „Wer sagt etwas gegen Klavensberg? — Was will der Kerl überhaupt!“

„Ruhig, Malte!“ beschwichtigte Graf Wieten. „Laßt mal erst den Klavens ausreden.“

„Ich will kein Hehl daraus machen, daß ich mich habe aufstellen lassen, um des Principis willen,“ sagte Klavens und sah sich herausfordernd um nach seinen Standesgenossen, die ihn in geschlossenem Kreise umstanden. „Ich halte es für meine Pflicht, mich aufzulehnen gegen das, was ich für einen verhängnisvollen Fehler ansehe. Bisher haben wir stets darauf gehalten, und so haben es unsere Väter gethan, daß nur Leute aus unserer Mitte Landrat sein dürfen. Leute, die, wenn möglich, dem alten befestigten Grundbesitz entstammten, auf alle Fälle Männer, die mit unserem Kreise innig verwachsen, die mit unseren Bedürfnissen vertraut waren. Und auch auf den Charakter des Kandidaten ist bisher immer, Gott sei Dank, Gewicht gelegt worden. — Jetzt kommt da solch ein junger Mensch her, der mit dem Kreise absolut nichts zu thun hat . . .“

„Bitte, der Vater hat sich angekauft im Kreise!“ rief jemand.

„Nun, der Anlaß dazu ist allerdings ziemlich durchsichtig!“ meinte Klavens höhnisch. „Eine Million konnte der Herr von Klavensberg leicht entbehren, als es darauf ankam, dem Söhnchen eine Position damit zu erkaufen. So viel ist der Landratsstiel dem Herrn eben wert gewesen.“

Eine starke Erregung entstand. „Der Reid spricht aus ihm, weiter nichts! weil er nicht Landrat wird,“

mentarismus als ein Tag der Schmach verzeichnet stehen, ein Denkmal von unserer Zeiten Schande, das in jedem freiherrlich Gesinnten Zorn und Empörung entflammen wird. Dieselben Leute, die stets Recht und Gesetz im Munde führen, voll Abscheu die Augen zum Himmel emporzuschlagen, wenn sie von Anarchisten hören, sie haben die tollste Anarchie als Geschäftsordnung proklamiert und mit brutaler Rücksichtslosigkeit alles, was sich ihren Zolltarifgefühlen in den Weg stellte, niedergeschlagen.

Und wohlgerichtet — es war nicht auffodernde Leidenschaft, die sie dazu antrieb, sich über die Schranken der Ordnung hinwegzusetzen, sondern ein wohl vorbereiteter, in langen Erwägungen gereifter Plan, bei dessen Ausführung wie Durchführer Vertreter des Rechts an der Spitze standen, die amlich dazu berufen sind, Hüter der Rechtsordnung zu sein.

Wenn ein Krücker oder Kardorff, ein Normann oder sonst ein Junker die Vergewaltigung als das allein gültige Recht proklamieren, so entspricht das ihrer erblichen Vererbung mit Raubritteranschauungen, nach denen ja von jeher Macht vor Recht ging. Das aber die Diplomaten und Juristen des Centrums wie der Nationalliberalen mit vollem Bewußtsein den Rechtsbruch fördern, mit vollem Bewußtsein, da sie ihn ja zu entscheidenden suchten, indem sie von einer Notwehr gegen die Opposition wiederholt sprachen, das beweist, wie alle Niederer über Recht und Ordnung, wie sie bei jenen Parteien zur tagtäglichen Litanei gehören, nichts als Heuchelei sind, mit denen sie das Volk betören wollen, während ihnen in Wirklichkeit die absolutistische Vergewaltigung des Schwächeren genau so zu den willkommenen Mitteln gehört, wie nur irgend einem abenteurlichen Raubritter. Jetzt, wo es gilt, wirtschaftliche Profite einzuharfen, werfen sie die Maske der Rechtsheuchelei auch auf politischem Gebiete ab und die Diktatur des Zollwuchers, wie es Singer treffend nannte, würde zur Diktatur der politischen Anarchie, des Bruchs der Geschäftsordnung und damit der Verfassung.

Sie hatten sich freilich mit ihren bisherigen Gewaltstreichen nicht dem heißersehnten Ziele, den Zolltarif durchzusetzen, so genähert, als sie gewünscht. Die Debatte über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff, der in den Absatz 1 des Tarifgesetzes die ganzen 946 Positionen des Zolltarifs unterbringen will, konnte, wenn die Geschäftsordnung nicht gewaltsam außer Kraft gesetzt wurde, unabsehbar lange geführt werden. Noch 20 Redner waren zum Worte gemeldet, nichts hinderte, daß noch Hunderte sich melden und das Wort erhalten mußten! Stoff zu reichlicher Erörterung der Frage gibt es ja in Hülle und Fülle — und daß die Debatte sachlich geführt wurde, beweist schon der Umstand, daß es keinem der Präsidenten gelang, die Geschäftsordnungsredner zur Sache zu rufen.

Das Vorgehen der Opposition war also durchaus gefehlt — und da ging es den Agrariern wie Dilton Varrot, dem Minister Louis Philipp, der verzweifelt über den Widerstand seiner Gegner ausrief: „Ihre Gesetzmäßigkeit tötet uns!“

Folglich gab es für die Agrarier nur den Schluß, die Gesetzmäßigkeit zu töten durch die Ungefährlichkeit.

Als am Dienstag um 1 Uhr die Sitzung begann, herrschte während der Rede des Abg. Pachnicke (freih. Vg.) Ruhe und Spannung — man wußte, nach ihm wird die Reaktion ihre Karten aufdecken. Sobald er geendet, teilte der Präsident, Graf Ballestrem, mit, daß ein Antrag vom Abg. Kardorff und 31 anderen Abgeordneten eingegangen sei auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte.

Das war ein neues Attentat — das war der zweite Staatsstreich, der den ersten, die Debatte über den Zolltarif zu unterdrücken, ermöglichen sollte. Dieser Neuantrag war ebenso ungefährlich wie der erste. Noch niemals war bisher eine Geschäftsordnungsdebatte durch Schlußantrag geschlossen worden; in der Geschäftsordnung steht keine Silbe davon, daß dies zulässig ist.

Graf Ballestrem aber that, als ob dieser Schlußantrag das gewöhnlichste und selbstverständlichste sei, was es gäbe, und wollte darüber sofort abstimmen lassen; er behandelte ihn wie einen Schlußantrag, der sich auf eine Verhandlung über irgend einen Punkt der Tagesordnung bezieht; über solche Schlußanträge, aber nur über solche, besagt der § 53 der Geschäftsordnung, daß sie der Unterstützung von 30 Mitgliedern bedürfen und dann ohne Diskussion über sie abgestimmt werden muß.

Hier machte nun unsere Fraktion den ersten Strich durch die Rechnung; geföhrt auf das vor kaum drei Wochen durch Herrn Spahn ausdrücklich proklamierte Recht, den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu jeder Zeit stellen zu können, beantragte Singer auf Grund der Geschäftsordnung: Ueber-

gang zur einfachen Tagesordnung. Graf Ballestrem erklärte nun: „Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung ist stets zulässig, deshalb kann ich ihn nicht ablehnen.“ Der starke Mann von gestern, Herr Krücker, wollte dreinreden — aber Graf Ballestrem gab Singer das Wort und dieser zeigte in wuchtigen Darlegungen die Ungefährlichkeit und Widerumkehrigkeit des von der vereinigten Reaktion jetzt beliebten Verfahrens, wobei er namentlich auf die Krückerische Umkehrhebe und die nationalliberale Charakterlosigkeit hinwies, die die aus nationalliberalen Kreisen gegen das Gebaren der Sattler-Wassermann laut geworden waren, rief er den sehr blaß und stumm gewordenen Herren unter die Nase. „Sie benutzen die Macht,“ rief er der Mehrheit zu, „um das Volk wirtschaftlich auszubeuten und politisch zu entziehen.“ Kardorffs Widerspruch war flatternd, unbeholfen und von lächerlicher Unsachlichkeit; er hatte sich nicht einmal die Mühe gegeben, das bihien Material, das er benutzte, vorher zu ordnen und machte daher einen doppelt lässigen Eindruck. Natürlich ließ er es an Scharfmaasereien nicht fehlen und suchte namentlich die deutschen Fürsten in Angst vor uns zu setzen. Inzwischen hatten Konervative und auch der Centrumsführer Spahn wiederholt sich zum Präsidenten Grafen Ballestrem gegeben und auf ihn eingeredet, offenbar zu dem Zweck, den Uebergang zur Tagesordnung über einen Schlußantrag als unzulässig zu erklären; Graf Ballestrem wiederholte aber, daß er diesen Antrag für zulässig halte — und zum großen Erstaunen der Mehrheit vertagte er nach der namentlichen Abstimmung das Haus auf eine halbe Stunde, wie er sagte, um die urkundliche Liste über diese Abstimmung protokollarisch feststellen zu lassen. Obwohl die großen Freiländer, die in den vorhergehenden Tagen bei der Auszählung der Stimmlisten vorgekommen waren, den Grafen Ballestrem sehr geärgert hatten, war die genaue Feststellung des Resultats doch nicht die wirkliche Ursache der Vertagung — denn zum Zahlen hätte es nur einer etwas längeren Pause bedurft, wie sie sonst gemacht wurde. Nun — Graf Ballestrem war mit seiner Präsidenschaft fertig! Er kam wenigstens an diesem frühmorgens Staatsrechtstag nicht wieder, wie verlautet, weil er überhaupt das Präsidium niederlegen, weil er den gewaltsamen Schluß der Geschäftsordnungsdebatte für unlässig hält, seine Mitagrarien ihn aber gezwungen hatten, diesen geschwundenen Antrag zuzulassen. Diese verspätete Demission würde ihm aber gar nichts helfen; wollte er der unparteiische Hüter der Ordnung des Reichs, so mußte er vor Zulassung der Kardorffschen Anträge die Kabinettsfrage stellen. Jetzt ist er der Wilschuldige, ob er bleibt oder geht.

Um halb vier wurde die Beratung wieder aufgenommen; der Vizepräsident Graf Stolberg-Bernigerode hatte die Geschäftsführung übernommen. Der Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag der Geschäftsordnungsdebatte war mit 216 gegen 75 Stimmen abgelehnt worden. Nun beehrte sich Graf Stolberg zu verkünden, daß die Abstimmung über den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte vorgenommen werden sollte. Abg. Borch beantragte auch hier eine namentliche Abstimmung; inzwischen verlangte Abg. Gothein das Wort zur Geschäftsordnung. Graf Stolberg aber blieb dabei, daß weder er noch die Schriftführer die Wortmeldungen gebört oder gesehen hätten — während diese ganz deutlich erfolgt waren. Dieses Verfahren steigerte begrifflicher Weise die Erregung der Opposition, zumal auch unserem Genossen Singer, dem vom Grafen Ballestrem vorher zugesagt war, daß er ihm vor dieser Abstimmung das Wort erteilen werde, dies von Stolberg nicht gegeben worden war. An der Abstimmung über die Zulässigkeit des Kardorffschen Antrages auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte beteiligte sich unsere Fraktion nicht, sondern verließ den Saal. Nach geschlossener Abstimmung, bei der nicht einmal eine beschlußfähige Mehrheit für den Antrag gestimmt hatte, (199 Abgeordnete, während 199 zur Beschlußfähigkeit gehören), verlas Singer im Antrage der Fraktion eine Erklärung, in der der Mehrheit ihr Rechtsbruch und ihr Vergewaltigungssystem mit erforderlicher Deutlichkeit vorgehalten wurde. Den Vorwurf des Verfassungsverbruchs unterstrich Graf Stolberg durch einen Ordnungsruf.

Jetzt wollte Graf Stolberg die Diskussion über den ursprünglichen Kardorffschen Antrag zu § 1 Absatz 1 eröffnen und teilte mit, daß sogleich eine Verächtigung zu diesem Antrage verteilt werden würde. Diese Verächtigung war in einem schauerhaften Deutsch abgefaßt, durch das die ganz sinnlosen Einleitungsworte des ursprünglichen Antrags verbessert werden sollten; dabei hatte aber der Antragsteller Kardorff vergessen, seinen Namen unter diese Verächtigung zu setzen. Erst während nun der Streit entbrannte, ob diese Verächtigung nicht ein neuer Antrag sei, brachte Kardorff dem Präsidenten ein unterschriebenes Exemplar

des Antrags. Abg. Gothein bekämpfte unter dem Vorfall der Opposition diese verworrene Geschäftsführung und eröffnete eine Geschäftsordnungsdebatte über den neuen Antrag. Wiederholt wird er vom Grafen Stolberg ganz ungerechtfertigt unterbrochen; dieser benimmt sich dabei so unkeulich und parteiisch, daß ihm Abg. Broemel höhnend zurief: Der neue Herr!

Die Linke widerlegt sich dieser parteiischen Geschäftsführung, es kommt wiederholt zu stürmischen Szenen. Mit süßlicher Schlaueit sucht Abg. Spahn all die Rechtsbrüche, die er und seine Klumpen begingen, als rechtmäßig hinzustellen. — Hohngelächter der Linken ist die wohlwollende Antwort. Während Kosenbuh zur Geschäftsordnung spricht und auf die stundenlangen Vorgänge in der Zolltarifkommission hinweist, in der ja bereits die Verhandlungen über die Knie gebrochen wurden, macht sich namentlich der freikonservative Silber-Arendt durch Zwischenrufe bemerkbar, die schließlich selbst dem jetzt amtierenden Vizepräsidenten Büsing zu arg werden. Aber er zeigt sich bald als gehorsamer Commis der Agrarier, indem er einen neuen Rechtsbruch provoziert. Singer stellte nämlich den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den von den Agrariern beantragten Schluß der Debatte über die Geschäftsordnungs-mäßige Zulässigkeit des berichtigten Antrags Kardorff. Nachdem Stadthalger den sozialdemokratischen Antrag begründet, erklärt der konservative Abg. Tiedemann, daß der Antrag auf Tagesordnung unzulässig sei; es könne nur entweder Schluß oder Uebergang zur Tagesordnung, aber nicht Uebergang zur Tagesordnung über den Schluß beantragt werden. Zunächst protestiert Büsing gegen diese neue Anschauung, und läßt über den Singer-schen Antrag namentlich abstimmen. Nachdem auch über die anderen Anträge abgestimmt ist, will Büsing nun über den Antrag Kardorff zu § 1 Absatz 1, der die Zolltarifberatung unmöglich machen soll, abstimmen. Broemel protestiert; er weist auf das Stenogramm vom 27. November hin, dessen Wortlaut keinen Zweifel darüber lasse, daß Graf Ballestrem bereits die Debatte über den Zolltarif eröffnete hatte. Büsing bestreitet dies und sucht in jesuitischer Spitzfindigkeit noch die Centrumsführer zu übertrumpfen. Singer magel nochmals den Verlauf jener Sitzung frei, Spahn kommt Büsing noch zu Hilfe und jesuitet weiter. Die immer ungeduldiger gewordene reaktionäre Agrariermasse beantragt jetzt wiederum gegen Recht und Gesetz Schluß der Geschäftsordnungsdebatte. Um nun abermals ihnen dies nicht so rasch gelingen zu lassen, beantragt Vebel Uebergang zur Tagesordnung über diesen Schlußantrag. Da ruft Kardorff: Das ist nicht zulässig — und derselbe Präsident Büsing, der am selben Tage bereits zweimal den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über einen Schlußantrag zugelassen hatte, erklärt jetzt: Da im Hause Bedenken über die Zulässigkeit bestehen, so wolle er darüber einen Beschluß des Hauses herbeiführen. Das hieß also: Die Rechtsbrecher-mehrheit soll entscheiden, ob sie abermals das Recht brechen will!

Da brach ein neuer Sturm der Empörung über unseren Genossen los, von so elementarer Gewalt, daß schließlich die Agrarier ihren Widerspruch zurückzogen! Da ruft Arendt, er halte den Widerspruch doch noch aufrecht. Vebel nimmt das Wort, leuchtig und markig hält er dem Präsidenten vor, wie dieser seine Pflicht und Schulpflicht vergessen und sich zum Geschäftsführer der Agrarier degradieren. Eine heftige Debatte entspinnt sich. Büsing verläßt den Präsidentensitz, Graf Stolberg nimmt ihn ein. Ueberbour erklärt das Verfahren der Präsidenten für ordnungswidrig und bekommt einen Ordnungsruf. Spahn will seinen Antrag in ein Wauwau retten und beantragt, die strittige Frage an die Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Die Bogen der Empörung schlugen immer höher — die Opposition sah, wie Geschäftsordnung und Recht für die Präsidenten und die Mehrheit zum Kuderzopf geworden. Einige unserer Genossen stürmen auf die Rednertribüne und protestieren gegen diesen erneuten Rechtsbruch. Es entsteht eine solche Unruhe, daß kein Redner sich mehr verständlich machen kann. Noch einmal kommt Ruhe in die erregten Reihen, als Vebel das Wort ergreift. Ueber den Schlußantrag wird namentlich abgestimmt, er wird selbstverständlich von der agrarischen Mehrheit angenommen. Graf Stolberg wird immer verwirrt, gleichzeitig aber auch rücksichtsloser und parteiischer. Wieder magel es Schlußanträge, wieder protestiert die Linke stürmisch, minutenlang noden die Verhandlungen. Dann kommt wieder eine namentliche Abstimmung auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte, dann soll über den Antrag Spahn, Ueberweisung der strittigen Frage an die Geschäftsordnungskommission, abgestimmt werden. Ein ungeheurer Lärm erhebt sich, Graf Stolberg läutet so weitend um der Glocke, daß diese vom Stiel abspirgt und herunterfällt. Allgemeiner Wirrwarr, die Linke protestiert gegen jede Fortführung der Gespräche. An der nun folgenden namentlichen Abstimmung beteiligt sich unsere Fraktion nicht. Wegen die Beschlüsse protestiert sie mit berechtigtem Unwillen, da sie geschwändig zu staude kamen. Und da die Glocke nicht mehr läuten kann, schließt Graf Stolberg um 4 1/2 Uhr die Sitzung!

Der zweite Staatsstreich hatte nicht den ganzen Erfolg, aber doch einen — dem Volke die Augen zu öffnen über das realtönäre Gebaren der Agrarier!

Politische Uebersicht.

Der Reichstag in französischer Beleuchtung. Nachdem wir vorgestern das Urteil der englischen Presse über das Staatsrechtlästerer Gebaren des Reichstages dem deutschen Publikum unterbreitet haben, wollen wir heute eine französische Prestimmung wiedergeben, die uns die Ansicht des allgermäßigsten Bourgeoisliberalismus verraten soll. Der Temps, die französische Times, kommentiert in einem: „Parlamentarische Staatsstreiche“ beitelten Leitartikel den Antrag Kardorff folgendermaßen: „Im Deutschen Reichstag ... handelt es sich nicht um die im voraus bestimmte Schließung und Einschränkung der Debatten, sondern um ihre Abschaffung. Man scheint nicht im geringsten davon zurück, die en bloc-Abstimmung über die 946 Artikel des Zolltarifs vorzuschlagen und sie der Minorität aufzuzwingen. Unter diesen Bedingungen bleibt von parlamentarischen Immunität nichts mehr übrig.“

Die entarteten Epigonen der Windthorst und der Bennigsen schiden sich an, dem Régime beratender Versammlungen einen unverwindbaren Schlag zu versetzen. Es ist unerhört, daß nicht nur das Centrum, das gemäß der ultramontanen Ueberlieferung so laut seinen Liberalismus betonte, so lange es in der Minorität war, jetzt mit seinem Spahn und seinem Bachem ein s. schweres Attentat mitmacht, daß nicht nur die Nationalliberalen von der Art Wassermann so sehr die Grundprinzipien des Konstitutionalismus vergessen, die ihren Existenzgrund bilden, — sondern daß auch der Präsident des Reichstags

sagte der Burgaster Merriwis zu Malte; der fluchte und wurde mit Mühe zurückgehalten, Klaven zu stellen.

Der Nagahiner blickte mit verächtlicher Miene um sich. „Ich weiß ja ganz gut, daß ich absolut nichts erreichen! Affessor von Katzenberg wird Landrat werden auf Ihren Vorschlag. Leider kann ich's nicht ändern! Es ist ja nur ein Zeichen der Zeit. Das mobile Kapital beherrscht alles; jetzt hält es nun auch seinen Einzug bei uns. Sie ahnen ja gar nicht, was sie thun! Sie schlagen damit den Traditionen unseres Standes einfach ins Gesicht. Es ist eine Inkonsequenz, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Heute nehmen Sie einen Emporkömmling in unsere Mitte auf, geben ihm das wichtigste Amt, das wir zu vergeben haben. Aber rächen wird sich das früher oder später ganz sicher.“

Einige lachten, nannten Klaven verrückt. Andere waren ärgerlich und murrten. Auf einzelne hatten seine Worte aber doch einen gewissen Eindruck gemacht.

Den Grabenhäger hatte es warm und kalt überlaufen bei Klavens Worten; wie es einem geht, wenn man unerwartet Zeuge einer mutigen That wird. Das Herz schien der auf dem rechten Fleck zu haben, das mußte man sagen, wenn er auch sonst vielleicht ein Hinterwälder war.

Was würde Wieten thun?

Der Graf ließ erst den Sturm sich legen, dann meinte er ironisch lächelnd: „Mein lieber Herr von Klaven, Sie sind ein Heißsporn, und das sind immer schlechte Politiker. Was Sie da gesagt haben, enthält einiges Wahre; vor fünfzig Jahren wäre es sogar ganz richtig gewesen. Aber Sie vergessen, daß wir am Ende des neunzehnten Jahrhunderts leben. Seien wir etwas Realpolitiker. Daß Klavens Vater viel Geld hat, läßt sich ja nicht leugnen, aber das ist vielleicht kein großes Malheur, wie Sie es dargestellt haben. Katzenberg ist mit einem Worte

der Mann der Situation, und Sie thäten gut, sich damit abzufinden. — Uebrigens ist es jetzt die höchste Zeit, daß wir aufs Landratsamt gehen.“

„Ja, zum Teufel! Es ist schon nach elf Uhr!“ rief jemand.

„Ehe wir nicht da sind, wird doch nicht angefangen,“ meinte der Ernsthöfer.

„Ja, aber vorher sollten doch noch die Gemeindefachen bearbeitet werden.“

„Beruhigt Euch! Das hat der kleine Katzenberg selber längst aufs beste besorgt.“

Man lachte, griff zu Hut und Mantel und eilte aufs Landratsamt.

Im Sitzungszimmer war bereits die größere Zahl der Kreistagsabgeordneten versammelt. Man stand in Gruppen beisammen, eine Viertelstunde wurde noch in scheinbar ungezwungener Unterhaltung verbracht. Kemmer wußten, daß diese Frist benutzt wurde zu unauffälliger Arbeit; die Parteien suchten für ihren Mann in aller Eile noch Stimmung zu machen.

Kriebow, der zum erstenmal in diesem Kreise war, bat den Ernsthöfer Tichow, ihn mit den Leuten bekannt zu machen.

Da waren die Vertreter der ländlichen Gemeinden: kräftige Gestalten, mit einfachen Gesichtern und berben Arbeitsfäusten. Der Sonntagstaat, den sie zu dieser Gelegenheit angelegt hatten, vermehrte noch die Steifheit ihres Behabens. Bei aller Biederkeit der Mienen lag eine gewisse zurückhaltende Vorsicht in ihrem Wesen ausgeprägt. Sie sahen sich ihre Leute an; allen Respekt vor dem Junker, aber wenn der Edelmann höflich war, dann wollte er etwas von dem kleinen Manne, und da hieß es auf der Hut sein.

(Fortsetzung folgt.)

Graf Ballekrem, so wenig sich bewußt ist seiner Pflichten als eines Hüters der parlamentarischen Prätogative und eines gewissen Verteidigers der Minoritäten."

Und so klagt denn das liberal-bourgeoise Blatt darüber, daß das parlamentarische Regime im Begriffe steht, Änderungen durchzumachen, die man als revolutionär bezeichnen kann".

Deutsches Reich.

Berlin, 3. Dezember. Der Regierungspräsident von der Hecke hatte wegen der Stadtratswahl des Kaufmanns Richter, der als freisinniger Reichstagskandidat und Wahlredner bekannt ist, Bedenken und appellierte daher aus Halle an die Entscheidung des Ministers.

Herr von der Hecke ist ja wegen seiner Fähigkeit, die Zeichen der Zeit nicht zu begreifen, bekannt; denn sonst würde er wohl in unseren Zeitläuften gegen einen Freisinnigen keine Bedenken haben.

Ueber das Urteil im Prozeß Pflücker, betreffend die Rede vom 6. Juni, welche Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Verleumdungen gegen die Juden in Wlogau enthielt, ist gegen die Freisprechung des Grafen Pflücker durch Reichsanwalt Friedmann im Auftrage der Nebenkläger Revision eingelegt worden.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde eine der letzten Nummern des Parier Figaro in Berlin beschlagnahmt. Die Beleidigung soll durch eine Zeichnung verbrochen sein.

Das Reichsjustizamt hat solchen Einladungen zu einer Kommission von Sachverständigen behufs Vorbereitung einer umfassenden Revision des Strafprozeßrechts ergeben lassen. Unter den Eingeladenen befinden sich Leute wie Vassermann, Groeber, die im Reichstage "bewiesen" haben, daß die Gewalt das Recht sei. In der Kommission sollen besonders die schon in der sogenannten lex Antelen enthaltenen Fragen erörtert werden, also die Fragen der Verurteilung in Strafsachen des Nachtrags etc., aber auch andere Punkte. Für den Vorsitz der Kommission ist vorberichtlich der Entscheidung des Staatssekretärs Rieberding, selbst den Vorsitz zu führen, Reichsgerichtsrat Kaufmann in Aussicht genommen.

Die Gerüchte über eine Präsidentschaftskrisis im Reichstage wollen nicht verstummen. Sie werden durch die Thatsache unterstützt, daß Graf Ballekrem seit der Aussetzung der Sitzung um 3 Uhr nicht mehr auf den Präsidentschaftstuhl zurückgekehrt ist. Bekannt wird berichtet, daß der Präsident sehr schärfe Auseinandersetzungen mit den Führern des Centrums, besonders mit Herrn Dr. Spahn gehabt hat und daß er in Folge der Aufregung der letzten Zeit einflüchtig krank ist. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß der 68jährige Parlamentarier einige Wochen Urlaub nimmt. Es würde dann für diese Zeit zur Unterstützung der beiden Vizepräsidenten noch ein Abgeordneter beziehungsweise ein Reichstagsmitglied gewählt werden müssen. Ein Parlamentsberichterstatter weiß zu melden, daß Graf Ballekrem sich mit Entschiedenheit weigerte, einer Veränderung der Geschäftsordnung in der Richtung zuzustimmen, daß die Nachbegründung des Präsidentschafts erweitert werden, weil er sich zu nervös fühlt, um die alsdann zu befühlenden stärkeren Zusammenstöße über sich ergehen zu lassen.

Auch Vizepräsident Bising soll sehr angegriffen sein.

Von sozialdemokratischer Seite sind eine große Anzahl Anträge, die Änderungen der von der Kommission zu den einzelnen Tarifpositionen beschlossenen Sätze bezwecken, eingebracht worden.

Der Berliner Parteitag der Freisinnigen Volkspartei hat am Montag Abend das gethan, was Herr Richter ihm befohl: er hat seine volle Zustimmung zu dem Verrat Eugen des Jugendrichters ausgesprochen. Um so schlimmer für die Freisinnige Volkspartei.

Das Gebet für den Reichstag. In dieser Zeit der schweren Not, wo dem in Deutschland herrschenden Absolutismus das parlamentarische Freigebiet weggerissen ist, macht die Veranzweitung ihre Pfaffen mobil. Es heißt da: "Wärdern vielweh alle, die wirklich beten können, aus dem Blut auf die schmachvollen Vorgänge im deutschen Reichstage die starke Anregung entnehmen, die Fürbitte recht ernstlich und inbrünstig zu üben und dadurch — ohne Haß und Bitterkeit — die Nacht der Finsternis zu überwinden! Wenn alle gläubigen Christen sich sonniglich zu solchem Gebet zusammenschließen, so muß das einen Erfolg erzielen."

In der That, wenn das nichts hilft, hilft gar nichts mehr. Ein feines Christentum das, das in Kirchen und Kapellen sich die Knie wund schneert, um den lieben Gott anzuflehen, eine Gewaltthat und einen Raubzug glücken zu lassen.

Eine treffende Antwort erteilt die italienische Patria der deutschen Krupppresse, indem sie schreibt: "Wenn die deutschen Zeitungen jagen, Italien wimmle von Expreßerbanden, so können die italienischen Zeitungen mit demselben Recht behaupten, Deutschland wimmle von Banden gewerkschaftiger Demonstrationen und Polizeispindel." Die Krupp-Landale seien offensichtlich Geheimnisse aller, besonders aber der deutschen Reichsthuener auf Capri gewesen.

Eine moralische Vergewaltigung haben die Breslauer Patrioten an den Arbeitern der dortigen Eisenbahnwagenfabrik verübt. Sie haben die reichlich 2000 Arbeiter dieser Attentatgesellschaft darüber beschließen lassen, ob sie am nächsten Freitag den 5. Dezember bei der Anwesenheit des Kaisers Spalier bilden und eine Deputation an den Kaiser abenden wollten, die ihm das Einverständnis der Arbeiter mit der Rede des Kaisers gegen den Vorwärts ansprechen sollte. Die Abstimmung der Arbeiter war eine öffentliche und das Resultat daher das von den Arrangements erwartete. Die große Mehrheit der Arbeiter stimmte — obwohl sich fast alle Arbeiter dort zur Sozialdemokratie hatten — für das Spalierbilden, ebenso wie für die Abfindung der Deputation. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden die Arbeiter die Deputation für diese brutale Vergewaltigung aufstellen. Selbstverständlich waren es dieselben Elemente, die im Reichstage den Hochverrat an der Verfassung begingen, waren es Junker und Pfaffen, die die hereinbrechende Winterkälte dazu benutzten, christliche Arbeiter schuldig zu machen. Würde bei den Breslauer Stadtverordnetenwahlen geheim gestimmt, so dürften die Herren schon jetzt eine unabweisende Deputation für ihr Verhalten bekommen. Sit doch auch in bürgerlichen Kreisen die Einnistung über das patriotische Expreßertum groß. Die freisinnigen Breslauer Zeitungen fordern entschieden alle ihre Parteigenossen auf, bei den Stichwahlen, die heute am 3. Dezember stattfinden, für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Wie viele Freisinnige dieser Aufforderung freilich Folge leisten werden, ist eine andere Frage.

Von der Breslauer Zeitungsplantage. Das Breslauer Oberlandesgericht wies gestern die Revision des Verlegers

Werke, vom Breslauer Generalanzeiger, gegen das freisprechende Urteil im Prozeß wegen angeblichen unlauteren Wettbewerbs zurück. Herr Werke wollte diesen unlauteren Wettbewerb bekanntlich darin finden, daß das Breslauer Parteiorgan, die Volkswacht wahrheitsgemäß mitgeteilt hatte, Herr Werke habe seinen Zinsekuli angewiesen, auf einen getreidezollfeindlichen Zeitarikel in der nächsten Nummer des Generalanzeigers einen getreidezollfreundlichen folgen zu lassen und zwar in Rücksicht auf die agrarisch gesinnten Leserenten dieses Blattes.

Die Rheinischen Bauern und der Zolltarif. Sehr unzufrieden ist die Rheinische Volkstimme, das Organ der christlichen Bauernvereine, mit der Haltung des Centrums in der Zollfrage. In einem ausführlichen Artikel versucht sie ihren Lesern klar zu machen, daß der Antrag Nordvoss die deutsche Landwirtschaft dem Trugbilde des Industries- und Handelsstaates preisgebe. Ueber die Erklärung des Abgeordneten Dr. Spahn heißt es, daß dies eine Verleumdung der Wahrheit mit der Regierung sei, deren Kosten die deutsche Landwirtschaft im allgemeinen, die des Westens, Nordostens und Nordostens im besonderen tragen muß. Das sei der Lauf für das treue, opferwillige Festhalten der bürgerlichen Wähler an ihren Abgeordneten. Sie waren atzige Kinder; sie schrien nicht, aber sie kriegten auch nichts. Die Bayern, welche nicht bloß die Faust im Saal machten und drohend zeigten, erhalten einen sehr angemessenen Vrangierzoll, den wir ihnen zwar gönnen, aber nicht ohne unser nachmaliges Bedauern darüber auszusprechen, daß die Vertreter der rheinischen Bauern so leichtsin die Interessen ihrer Wähler preisgegeben haben. Auf alle Fälle werden sich bei den kommenden Wahlen die rheinischen und westfälischen Landwirte ihre Kandidaten genau ansehen und sie auf ihre agrarische Gesinnung einer strengen Prüfung unterziehen müssen, damit die "famoso Weltlinie" nicht wieder auf Kosten der Landwirtschaft von den südlichen Abgeordneten gezogen werden kann. Die Landwirtschaft sei verkauft worden von denen, die den Auftrag erhalten hatten, ihre Interessen zu wahren. Nicht einmal ein Milchzoll sei durchgesetzt worden und wäre doch der Ruin der nieder-rheinischen Landwirtschaft die mit der Milchwirtschaft siehe und falle. Zum Schluß heißt es dann: "Im Interesse dieser Kreise, im Interesse der rheinischen Milchwirtschaft und im Interesse der westfälischen Landwirtschaft überhaupt, legen wir Protest ein gegen eine solche Verabschiedung des Zolltarifs".

Das ist der gerechte Lohn für den Volksverrat des Centrums. Es wollte mit seiner Wannepolitik sich auf 2 Stühle setzen, und setzt sich mit Bedemenz zwischen beide.

a. Für die Hessische Landwirtschaft sind letzter außerordentlich große Opfer gebracht worden. Jetzt ist aber die Ebbe in der Staatskasse so groß, daß der Ministerialdirektor Braun den bisher verhängelten landwirtschaftlichen Provinzialvereinen eine offene Abgabe ertheilen mußte. So wie bisher gehe es nicht weiter. Die landwirtschaftlichen Vereine müßten selbst für Geld sorgen. Und an der Bewilligung der geforderten 10 000 Mk. zu Bewädigung des für Juni 1903 nach Hannover einberufenen "großen Tages" der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft sei gar nicht zu denken. So kann es im heftigen Landtag zu neuen Auseinandersetzungen kommen, denn bei unseren Agrariern hört die Freundschaft zur Regierung auf, sobald deren Geldbewilligung aufhört.

r. Aus Baden, 28 Nov. Wohl der interessanteste Reichstagswahlkampf im Lande wird sich im Kreise Karlsruhe-Bruchsal abspielen, der im Jahre 1898 mit 12800 gegen 12600 nationalliberalen Stimmen der Sozialdemokratie zugefallen war, nachdem sie bei den Hauptwahlen 9081, die Nationalliberalen 7007 und die Demokraten 6310 Stimmen erhalten hatte. Im Juni nächsten Jahres werden — das sieht heute schon fest — die Liberalen, die 1898 noch mit den Demokraten gegangen sind, eine eigene Kandidatur aufstellen, und auch zwischen den Nationalliberalen und Konservativen wird, veranlaßt durch die differierenden Anschauungen in der Zollfrage, eine reitliche Scheidung erfolgen. In allem Ueberflusse erscheint nun auch noch der Freisinn mit der Absicht einer eigenen Kandidatur auf dem Plan, so daß, wie die Verhältnisse jetzt liegen, am insgesamt sechs Kandidaten gerechnet wird. Eine Sammellandidatur, die von einigen Seiten empfohlen wird, hat wenig Aussicht, da der Gegenhalt zwischen den Liberalen und Liberalen durch den Klotzpreis der letzten Zeit zu stark geworden ist.

Frankreich.

Gegen die Klertalen.

Der Senat nahm heute mit 165 gegen 75 Stimmen die Ergänzungsvorlage des Vereinsgesetzes an, das die Gründung nichtgenehmigter Kongregationen zu verhindern soll.

Spanien.

Regierungsfreundlicher Kammerbeschluss.

Während es bisher in der Kammer gelungen war, regierungsfeindliche Beschlüsse zu verhindern, hat jetzt die Regierung die Kraft dazu verloren. Gestern beantragte Diaz Moreno ein Tadelvotum gegen das Ministerium und sogt, ein Minister könne nicht ohne Genehmigung des Parlaments Schiffsbauverträge abschließen. Die Kammer beschloß mit 96 gegen 86 Stimmen, den Antrag in Erwägung zu ziehen. Das der Regierung feindliche Abstimmungsergebnis erregte großes Aufsehen.

Rußland.

Noch zwei Maidemonstrationen vor Gericht.

wa. In diesen Tagen verhandelte der Moskauer obere Gerichtshof über die beiden Maidemonstrationen dieses Jahres in Sornowo bei Nischni-Nowgorod und in Nischni-Nowgorod selbst. In erster Sache wurden 6 Arbeiter zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Verbannung in die entlegenen Gegenden Sibiriens verurteilt, 8 Arbeiter — freigesprochen. Im zweiten Fall wurden zwei zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Verbannung in das entlegene Sibirien, fünf aber, darunter drei Frauen, zur Verbannung nach weniger entlegenen Gegenden Sibiriens verurteilt; zwei wurden freigesprochen. Sämtliche Angeklagte verhielten sich heldenhaft. Die Verteidiger verwiesen selbst darauf, daß die Reden der Angeklagten so glänzend seien, daß ihnen nur übrig bleibe, die Spindel zu erlösen, die als Zeugen anstraten. Bemerkenswert ist noch das Verhör des Direktors der Werke in Sornowo seitens der Verteidigung. Er gab an, daß die Lage der Arbeiter in den Werken eine sehr befriedigende sei und führte unter anderem an, daß die Werke auf Kosten der Eigentümer eine Schule und ein Krankenhaus für die Arbeiter erhalten, was den Werken 3000 Rubel jährlich kostet. Durch ein strengverhör des Zeugen wurde aber folgendes festgestellt, daß vom Arbeiterlohn zu diesem Zweck 1 Prozent abgezogen wird, was bei einer Summe von 360000 Rubel jährlich 3600 Rubel ausmacht.

Revolutionäre Feier.

Warschau, 2. Dezember. Die von mehreren Hundert Studenten geplante Demonstration anlässlich der Gedächtnisfeier für den Novemberaufstand vor dem Denkmal Widziwejs wurde polizeilich verhindert. Mehrere Verhaftungen erfolgten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Antsblattpost. Der Crimmitschauer Anzeiger hat sich zu einem Gedicht aufgeschwungen, dessen Refrain also lautet:

Wir weihen, was wir schmieden,
Der Freiheit und dem Frieden.
Nicht droben erlt — hienieden
Soll jeder glücklich sein!

Geirich Grine hat dasselbe etwas derber in dem Verse ausgedrückt: "Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spagen!" Wird das Crimmitschauer Antsblatt nun auch künftig dafür eintreten, daß hienieden die Freiheit und der Frieden herrscht, mit einem Wort: wird es künftig dem Fortschritt ludigen? Da das von einem sächsischen Antsblatte nicht wohl anzunehmen ist, so geht man gewiß nicht fehl in der Annahme, daß es sich in dem Refrain ausgedrückten schönen Gedanken um eine portische Entgehnung handelt und daß das Antsblatt in Prosa nach wie vor weiter in die Segel des herrschenden reaktionären Windes blasen wird.

Eine interessante Unfallscheidung. Das Landesversicherungsamt hatte in seiner letzten Spruchung auch folgenden Fall zu behandeln: Johann Lehmann in Strödtz hat im Jahre 1891 durch Unfall in einem Steinbruchbetrieb die Sehkraft des linken Auges verloren und bezieht von der Sächsischen Pangeverberufsgenossenschaft eine Rente von 33 1/2 Prozent der Volkrente. Am 18. November 1901 hatte er in einem landwirtschaftlichen Betriebe von früh an geackert; da es sehr kalt war, zog er zwei Jaden übereinander und, um die Jugluft vom Arme abzuhalten und da sich der Kessel der unteren Jade verschob und bei der Handhabung des Pfluges hinderlich wurde, band er auf dem Felde an beiden Armen die Kessel mit Bindfäden fest. Wegen 6 Uhr brachte er die Pferde in den Stall und begab sich dann in seine Wohnung. Dort machte er sich daran, die Jaden auszugiehen und zu diesem Zwecke den Bindfaden an den Handgelenken zu lösen. Er nahm ein Küchenmesser, um den Faden zu durchschneiden. Dabei schnappte das Messer ab und traf ihn ins rechte Auge, die Sehkraft auch dieses Auges zerstörend. Die Versicherungsgenossenschaft hatte Entschädigung abgelehnt, weil sich der Unfall nicht im landwirtschaftlichen Betriebe oder bei Vornahme einer beruflichen Tätigkeit ereignet habe, sondern dem Verletzten zugezogen sei, als er sich nach beendeter Tagesarbeit in seiner Wohnung seiner Arbeitskleidung entledigte. Auf Lehmanns Berufung ist aber die Berufsgenossenschaft vom Schiedsgericht verurteilt worden, dem Kläger die Vollrente nach einem Jahresarbeitsverdienste von 3/4 des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter zu gewähren, da ebenso wie das Zubinden der Kessel als eine vorwiegend im Interesse des Betriebes getroffene Maßregel anzusehen gewesen sei, das gleiche auch von dem Lösen des Bindfadens gelten müsse und die Zugehörigkeit dieser Verrichtung zum Betriebe nicht dadurch aufgehoben sei, daß sie erst nach der Heimkehr von der Arbeit in der Wohnung vorgenommen worden sei. Dieses Urteil hatte nun die Berufsgenossenschaft angefochten, weil das Ausschreiben der Arbeitskleider nach der Heimkehr von der Arbeit nicht mehr zum Betriebe gehöre, vielmehr eine eigenwirtschaftliche Tätigkeit sei. Lehmann hatte dem gegenüber geltend gemacht, daß ein Lösen der Bindfäden noch an der Arbeitsstelle, im Stalle unthunlich gewesen und er daher gezwungen gewesen sei, dies erst zu Hause zu besorgen. Das Landesversicherungsamt verwarf den Refus der Genossenschaft, da die Ausführungen des Schiedsgerichts zutreffend seien. Wenn dem Arbeiter beim Ablegen der Arbeitskleidung ein Unfall treffe, so sei dieser zwar nicht in jedem Falle, aber dann noch als Betriebsunfall anzusehen, wenn er, wie im vorliegenden Falle, durch besondere mit dem Betriebe zusammenhängende Umstände herbeigeführt worden ist.

Wurzen, 2. Dezember. Bei der heuligen Stadtverordnetenwahl haben unser Genossen eine Niederlage erlitten. Von 1404 Wählern machten 1180 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Für die Liste der sozialdemokratischen Kandidaten wurden nur 240-250 Stimmen gezählt, während die Ordnungspartei über 900 für ihre Kandidaten zählten. Wurzen hatte einmal eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium.

Zwickau, 2. Dezember. In einer Bergarbeiterversammlung referierte der Redakteur der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterzeitung, Genosse Reimpeters, über das Thema: Die Krisis und die Bergarbeiter. Redner zeigte, daß auf der einen Seite die Profitrate und die Ausbeutung steigt, auf der anderen Seite die Löhne sinken und die Behandlung schlimmer wird. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Verhältnisse auf der Königin-Marienhütte, deren Arbeiter auch das Hauptkontingent in der Versammlung bildeten. Mit ungläubiger Resignation besprachen einige Arbeiter die jämmerlichen Zustände von der Marienhütte. Ein Arbeiter erklärte, daß er wahrheitsgemäß dafür, daß er hier das Wort ergriffen habe, "hinausgeworfen würde"! Es sei ihm aber gleichgültig, denn er müsse auch jetzt schon mit seiner Familie langsam verhungern!!! (Lebhafte Rufe: Wir auch!) Schluß man ihn hinaus, so hätte er allerdings schneller, aber auch mit den Händen in der Tasche, verhungern. Ein anderer Arbeiter teilt mit, daß des Mittags ein Kind zu ihm gekommen sei und habe sich ein Stück Brot gebettelt. Er habe das hungrige Kind nach seinen Eltern gefragt und habe dieses erklärt, daß sein Vater auf der Königin-Marienhütte arbeite, aber nicht mehr so viel verdiene, daß sie Brot kaufen könnten. Sie müßten darum ihr Brot betteln gehen! (Stürmische Pfuirufe!) Die Versammlung geriet in heftige Aufregung. In der nächsten Zeit soll eine weitere Versammlung speziell der Arbeiter der Königin-Marienhütte stattfinden, in der besondere Beschlässe gefaßt werden sollen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein merkwürdiges Zusammenreffen ereignete sich in Treuen. Zwei Frauen, die am 19. August d. J. vom Stadtrat zu Falkenstein gemeinsam in die Krankenabteilung der Bezirks-Veriorg-Anstalt eingeliefert wurden, sind zu gleicher Zeit und an ein und derselben Krankheit verstorben. Die beiden Greisinnen im Alter von 83 und 77 Jahren bewohnten zusammen ein Zimmer und haben Freud und Leid miteinander geteilt. Sie sollen auch nebeneinander begraben werden. — Eine in einer Fabrik in Oibernhan beschäftigte Arbeiterin, die in der Nähe des Ofens saß, erlitt dadurch eine nicht unerhebliche Verbrennung, daß ihr aus Celluloid bestehender Gaartamm explodierte und in Feuer ausging. Die Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Der Gutbesitzer Baumann in Hartmannsdorf bei Kirchberg wurde zur Nachtzeit von seinem im Stalle sich losgerissenen Bullen, den er wieder anhängen wollte, so schwer verletzt, daß in derselben Nacht noch ärztliche Hilfe geholt werden mußte.

Dierzu zwei Beilagen.

Kein Laden, nur I. Etage, Reichsstr. 12.

Gratis! Noch nicht dagewesen! Gratis!

Um meine grossen Lagerbestände mit geringstem Vorteil schnell wieder zu veräussern, erhält von heute den 4. Dezember an bis 11. Dezember jeder Käufer eines Herren-Anzuges von 16 Mk. an ohne Preiszuschlag

== einen Knaben-Anzug aus blauem Cheviot == gratis!

Winter-Paletots: 10, 12, 15, 18, 24 Mk. u. höher | Herren-Anzüge: 12, 16, 18, 24, 30 Mk. u. höher.

Louis Goldschmidt, Reichsstrasse 12.

Nur I. Etage. Kein Laden. Nur I. Etage.

[10746]

Eine wirklich nie wiederkehrende Gelegenheit.

Total-Ausverkauf

Wegen Ladenaufgabe
Nur noch bis Weihnachten

gelten folgende Preise:

Röhren	von 1 Mt. an
Blöcken	75 Pfg. an
Zugharmonikas	1 Mt. an
Wundharmonikas	40 Pfg. an
(bessere Marke.)	
Mandolinen	7,50 Mt. an

Trommeln und Kinderinstrumente zu jedem annehmbaren Preise.
Polyphon-Musikwerke unerreicht billig.

Achtung! Meine seit 16 Jahren bekannte Redlichkeit bürgt für die Wahrheit dieser Offerte.

Achtung! Meine seit 16 Jahren bekannte Redlichkeit bürgt für die Wahrheit dieser Offerte.

Otto Pollter & Co.
Reichsstr. 10.
In wenigen Wochen muss in meine Lokalitäten geräumt sein.

Honig als Heilmittel

bei Blutmangel, Lungen- u. Gullenleiden, Verstopfung, ist oft von überraschender Wirkung, abgesehen davon, dass derselbe ein köstliches Nahrungsmittel ist. Jedoch nur reiner, in blumenreichen Waldgegenden von der Biene produzierter Honig hat gelundheitlichen Wert, wie ich solchen nur direkt von Imkern einkaufe. Qual. I a Pfd. 1,25, Qual. II a Pfd. 1.-, exkl. 10 Pfg. Gaselnlag.

Sanitäts-Bazar Thalytia, Neumarkt 40 (Ecke Peterskirchhof), Rathausring 17 und Vorortläden.

Gohlis, Hallesche Strasse 81, Plagwitz, Mühlentrasse 11, Volkmarstraße, Kirchstrasse 84, Neureudnitz, Dorotheenstr. 30.

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehle große Auswahl in Schlittschuhen, Kinderschlitten, Laubsäge- und Werkzeugkasten, Dampfmaschinen, elektr. Motoren, Laterna magica, Christbaumständern und Lichthaltern, Wärmflaschen, Reibemaschinen, Kaffeemühlen etc.

Alwin Richter
L.-Reudnitz, Dresdener Strasse 36.

1000fach anerkannt schönste Zierde für jeden Christbaum ist

Glas-Christbaumschmuck.

Verleihe auch dieses Jahr wieder über 300 Stück, als: Ängeln, Netze, Glöckchen, Vögel, überspannte Patronen u. d. gl., Baumspitze, große Engel u. s. w. in nur soliden, neuen Sortimenten bei guter Verpackung, in Kisten bei Vorbestellung zu Mt. 5.-, gegen Nachnahme Mt. 5,30 frank. Zur gefl. Weiterempfehlung füge ein dorsettes Rosenbouquet aus Glas in natürlicher Größe gratis bei. Für Einzelempfehle besonders große Sortimente von Mt. 10.- an per Engrospreisen.

Julius Porzel
Lautscha, S.-M.
Glas-Christbaumschmuck-Fabrikant.
Weihnachten 1901 viele Anerkennungen.

Tricot-Tailen

alle Farben und modernsten Façons

Tricotagen

In Wolle, Halbwole, Vigogne, Baumwolle

Strumpfwaren

In grösster Auswahl.
Eigene solide Fabrikate.
Anfertigung nach Mass.

C. Theodor Müller
Tricotwarenfabrik, Hainstr. 10.

Schirm-Fabrik

Emil Böhme, Reudnitz
Burgener Strasse 13, Ecke der Ullrichstr.
empfehle Regen- u. Sonnenschirme, nur eigenes Fabrikat, sowie Spazierstöcke von einfachsten bis zu den feinsten in tausend verschiedenen Preisen. Reparaturen und Bezüge schnell und gut. [10512]

Eligio Sauda

Hauptgeschäft: Nürnberger Strasse 9.
Filialen: Hohmanns Hof (Kullmann) und Zeitzer Strasse 13.
Beste u. billigste Bezugsquelle aller Sorten

Solinger Stahlwaren.

Nützliche Weihnachts- und Gelegenheits-Geschenke.
Eigene Messerschmiederei, verbunden mit Reparaturen, Schleif-, Polier- u. Vernickelungs-Anstalt.

Selbst imp. ital. Natur-Weine, rot u. weiss, à 1/,-Fl. und Tiroler, von 75 Pfg. an.

Von jetzt ab gehen jede Woche frische Sendungen ein von:

Sarotti-Lebkuchen

(anerkannt feinste Qualität für Feinschmecker)

in Blechboxen und Paketen, Sarotti-Spitzkuchen, Nürnberger Lebkuchen, braune und weisse auf Oblaten, Gläser, Vanille-, Haselnuss-, Schokoladen-Lebkuchen in Paketen und Schachteln, ff. Gewürzplätzchen, Pfasterkeine von Meiser u. Häberlein, Viegner Bomben à 10, 25, 50 Pfg., 1-5 Mt., Basler Lebkuchen, Nudener Brinten, ff. Rührerchen Mafronenkuchen, Thorer Katalinchen, Herrnhuter, Braunschweker und Burgener Pfefferkuchen, ferner aus der sal. Hof-Schokoladenfabrik von Th. Hübebrandt u. Sohn, Berlin: Spanische und Messina-Kuchen, Belgische Fruchtuchen, Steinplätzchen, Pralinenkuchen, Nusskuchen, Italiener Kuchen etc.

Ich bitte meine geehrte Kundschaft, die neuen Sorten Lebkuchen schon jetzt zu probieren. [10417]

Otto Hein
Specialgeschäft für Schokolade, Kakao, Konfekturen etc.
Kurprinzstrasse 1 (Nähe Roßp ab).

Martins Honigkuchen-Lager

(Inhaber: Emil Höhne). [10441]

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Christbaum-Konfekte	LEIPZIG	Honigkuchen
von 60 Pfg. an.	Satzgäshen 1a.	in Schichten und Paketen
	Bei Waren-Eutnahme auf halbeschen Honigkuchen für 3 Mk. 1.60 Rabatt in gleicher Ware.	reichste Auswahl.

Wiederverkäufer: 2 Mt. Rabatt.

Weihnachts-Musikverkauf.
Reisemuster u. zurückgeschickte Waren, als Strickwesten, Unterhosen, Gendens, Sweaters, sowie Schürzen u. Mäntel, werden ganz billig verkauft von der Fabrik: Weststrasse 67, pt.

Wo ist es doch am schönsten? Im Bett!

Wo kauft man diese am besten?
Nürnberg Str. 16, 1 Tr.

Mehr denn 100 Bettstellen u. Matratzen in nur solider Arbeit, früher à 30.-, jetzt à 23.-, Französische u. englische früher über à 100.-, jetzt à 75.-, Marmor-Waschtische von 16 à an, Grosse Pfeilerspiegel von 6 à an, Trumeaux herrlich schöne Spiegel von 32 à an, Der Ausverkauf u. Schränk-, Vertikos, Kücheneinrichtungen dauert fort. *
Paul Brendel, Nürnberger Str. 16, 1.

Konkurrenz-Trockenplatte.

Jeder Besitzer eines photographischen Apparates probiere unsere neue

Dieselbe ist bei noch nie dagewesenen außerordentlich billigen Preisen ganz hervorragend gut und hochempfindlich. Wir übernehmen für diese Platte jede Garantie.
Preise für 1 Duzend:
Größe 6/9 9/12 12/16 1/3 18 18/24 cm
0.40 0.80 1.40 1.65 3.10 à
Hoh & Hahne, Reichstrasse 6.
Specialhaus für Photographiebedarf.

Weihnachts-Honigkuchen nach Hallescher Art

für Wiederverkäufer auf 3 à 2 à Rabatt, Private auf 3 à 1.60 à Rabatt. Große Auswahl von Christbaum-Konfekt zu Fabrikpreis, empfiehlt die Honigkuchenfabrik von

J. Grzywotz
Raustädter Steinweg 33
Beiker Straße 31.
Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67

Total-Ausverkauf

wegen gänzlicher Aufgabe
des seit 30 Jahren bestehenden

Partiewarengeschäfts.

Normalhemden, Hosen, Jacken, Westen, Handtücher, Wischtücher, Tischtücher, Damaste, Stangeneisen, Gardinen, Zuleite, fertige Bettwäsche, Kleidstoffe, Steppdecken, Varchente, Betttücher, Vorhänge und dergl. mehr

bedeutend unter Selbstkostenpreis.

Th. Einsiedler,
24 Nikolaistr. 24.
Ladeneinrichtung zu verkaufen.

Eilt! Nikolaistr. 24
Eilt! Nikolaistr. 24
Eilt! Nikolaistr. 24

Humboldtstraße 27, part. Handschuhe!

Glacé für Damen, Herren u. Kinder 80, 100, 125, 135, 150, 175 Pfg. gefüttert, für Damen, Herren und Kinder 125, 175, 200, 225 Pfg. Glatte Kiegelnleder in allen Farben 150, 250, 275, 350 Pfg. Stepper, Zuchten, Kappa für Damen und Herren 200, 250, 275 Pfg. Armerhandschuhe mit Lederbesatz 150, 175 Pfg. Militäre- und farbige Waschelederhandschuhe 150, 175, 200 Pfg. Winterhandschuhe in allen Neuheiten und großer Auswahl von 20 Pfg. an. Ballhandschuhe in Glacé, Seide, Halbselbe und Zwirn in allen Längen zu den billigsten Preisen. [10446]

Thomasgasse 3, 1. Etage.

Halleschen Honigkuchen.

Bei Einkauf von 1 Mk. = 60 Pfg. Zugabe } in gleicher Ware.
" " " 3 " = 2 Mk. }

Franz Keilhold
Hospitalstrasse 14. Nürnberger Strasse 14.
Täubchenweg 18. [10418]

Baumkonfekt in grosser Auswahl, Pfund von 50 Pfg. an.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Eine Statistik über die Gemeindesteuern ist von der Regierung angeordnet worden. Sie hängt jedenfalls mit der im letzten Landtage in Anregung gebrachten Reform der Gemeindesteuern zusammen.

Gemeinderatswahlen. Bei der Gemeinderatswahl der Anwohner in Großschadowitz bei Dresden beteiligten sich von 177 eingeschriebenen Wählern 70.

Zu Krippen a. E. wurde Genosse Hoffe mit 11 Stimmen gegen den bisherigen ordnungsparteilichen Vertreter zum Gemeinderatsmitglied gewählt.

Zu Pillnitz wurden die Genossen Kästner und Große gewählt. Ersterer ist unanfassiger Vertreter, der zweite Erbsmann.

Zittau, 2. Dezember. Tüchtige Hähne scheinen im Gemeinderate zu Hainewalde zu sitzen. Da sich unter den Gemeinderatsvertretern bisher keiner fand, der das Protokoll führen wollte, oder, was vielleicht richtiger ist, zu führen im Stande war, so machte sich in der letzten Sitzung wiederum die Wahl eines Protokollanten notwendig.

1 ab. Dessau, 3. Dezember. Bei der Einfahrt in Hallesche Pfahlgasse entgleiste der Personenzug Köthen-Magdeburg infolge falscher Weichenstellung. Die Lokomotive fuhr zwischen den Gleisen in den Boden.

Dessau, 2. Dezember. Der Anh. Kurier bringt folgende interessante Meldung: „Herr Staatsminister Dr. v. Koseritz soll einem bisher nicht verbürgten Gerücht zufolge beabsichtigen, im nächsten Frühjahr aus seinem Amte zu scheiden.“

Calbe a. S., 1. Dezember. Die Moral der bürgerlichen Gesellschaft erfährt eine recht charakteristische Veränderung durch eine vor dem Oberverwaltungsgericht zum Abgang gekommene Ehegache. Der Dreijörgelspieler G. und die damals noch verheiratete, aber von ihrem Gatten getrennt lebende Frau D. waren in heißer Liebe zu einander entbrannt.

st. Aus Sachsen-Weimar, 2. Dezember. Wie bestimmt verkauft, soll der Weimarsche Landtag zu einer längeren Tagung

am 26. Januar 1903 zusammentreten. Gegenwärtig lagt in Weimar die Synode, als gesetzgebende Körperschaft für die Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche.

Die eigentümliche volkswirtschaftliche Stellung der freisinnigen Volkspartei im Reichstage, hat auch in unserem Ländchen lebhaften Protest wachgerufen. Es dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach auf der nächsten Landesversammlung dahin kommen, daß die bei der letzten Landtagswahl getroffene Vereinbarung nicht wieder erneuert wird.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 2. Dezember.

Leihhauscheine verfälscht und sich dadurch der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht hat sich der aus Querfurt gebürtige 46 Jahre alte Handelsmann Friedrich Wilhelm Höfe.

Wegen versuchten schweren Sittlichkeitsverbrechens hatte sich der am 12. Mai 1882 in Thonberg geborene Markthelfer Hugo Ernst Moritz Adolf Günther in einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung zu verantworten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Dezember.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats wird die nächste Versammlung des Leipziger Gewerkschafts-Kartells beschäftigen. Schon wiederholt ist diese Frage auch in Leipzig erörtert worden, ohne daß es bisher gelungen wäre, ein praktisches Ergebnis zu gewinnen.

Den in Leipzig vorhandenen Mangel eines solchen Instituts haben sogar bürgerliche Volksbeglückter dadurch

auszumitteln gesucht, daß sie Auskunfts-Bureaus errichteten und für Unbemittelte unentgeltliche Schreibhilfe ließen. Und so die Kreise, die davon Gebrauch machten, zur Dankbarkeit für Wohlthaten derselben bürgerlichen „Volksfreunde“ zu verpflichten, die sonst im öffentlichen Leben die ärgsten Feinde der Arbeiter sind.

Aber auch abgesehen von dem privaten Bedürfnis nach einem Arbeitersekretariat, haben von einem solchen doch auch die gewerkschaftlichen Organisationen, die ja für die Finanzierung des Instituts zu sorgen haben werden, nicht unerhebliche Vorteile.

Wir wollen heute keine Abhandlung über den Wert der Arbeitersekretariate schreiben; schon unsere kurzen Andeutungen lassen erkennen, daß ihr Wert mit Händen zu greifen ist. Wir glauben deshalb auch mit Recht die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die diesmalige Anrechnung, die ganze Frage von neuem zu ventilieren, endlich den sehnlichst erwünschten Erfolg haben möge.

Der freiwillige Beitritt zur Invaliden-Versicherung ist bekanntlich nach der letzten Aenderung des Invalidenversicherungsgesetzes erweitert worden. Um nun die Zahl der inzwischen selbst eingetretenen Versicherten und die hieraus resultierende Belastung der Versicherungsanstalten festzustellen, ist eine Zählung dieser Personen angeordnet worden.

Der bloße Aushang von Arbeitsordnungen genügt nicht. Das Gewerbegericht in Rassel hat dieser Tage eine wichtige Entscheidung gefällt, welche allgemeine Beachtung verdient. Die Firma Cohn u. K. wurde von ihrem früheren Hausburschen wegen Kündigungsfloher Entlassung auf 20 Mark Entschädigung verklagt.

Kleines Feuilleton.

Im Tiroler Bauerntheater. Wir haben an dieser Stelle etwas viel, manche meinen: zu viel, von den Heldenthaten zu berichten, die in Leipziger Theatern geschehen, und segnen läßt sich's nicht gerade amüsan ist das, was zu berichten war, fetten können. Unternehmen wir also einmal eine kleine Reise ins schöne Land Tirol und begeben wir uns in guter Gesellschaft

Unser freundlicher Begleiter ist Karl Wolf, der feinste und klügste Beobachter und Schilderer Tiroler Bauernart, der eben im Verlag von A. Edelinger in Innsbruck zwei neue Bücher veröffentlicht hat: Neue Geschichten aus Tirol (Preis 1.20 Mk.) und Aus dem Tiroler Volksleben (Preis 2 Mk.).

„Knecht Ruprecht“ in Gottsch. Da wird nicht Pitt und Jock neben, und Herr von Gottschall sieht nicht als abgetaetzte kritische Großmacht im Zuschauerraum. Dafür geht's lustig zu in dem hohen Breiterstüben, der das Theatergebäude vorstellt, und das Haus ist ausverkauft wie in Leipzig das Alte Theater, wenn für den Leipziger Arbeiterverein gespielt wird.

Sünden aus den Herzen zu reihen. Dann schlüpft er wieder hinter den Vorhang, und dieser geht jetzt in die Höhe.

Nun entwickelt sich die Handlung. Das glückliche Familienleben des edeln Grafen, des Vaters der Genoveva, wird gefährdet. Die Gräfin trägt ein Prunkkleid mit langer Schleppe, das vielleicht einmal auf einer Hofbühne Ansehen erregt hat, und der Himmel mag wissen wie in das kleine Wehringdorf verschlagen worden ist.

C. teure Gräfin, laß mich weinen, Dieweil i fort muß in den Krieg, Nimmer siehst du ihn, den Deinen, Außer er erstickt den Sieg!

Genoveva ist voller Angst, daß „fremd Gefährten“ nach ihrer Sägheit verlangen wird. Dies „fremd Gefährten“ weiß der Hagler Franz, der den Intriquanten Golo spielt, durch kräftiges Schmähen mit den Lippen prächtig darzustellen.

Der Reichsgraf will aber abziehen, und nun kommt Golos Manöverperiode. Mit vielem Feuer „mittelsbest“ er der Gräfin seine süßliche Liebe herunter. Doch mit Enttäuschung wird er zurückgewiesen: „Da feiger Meneht, wie kamst Du's wagen, nach Edelwilt Gelüst zu tragen!“

Eifrig wurden nun die Vorgänge des ersten Aufzuges der Komödie im Zuschauerraum besprochen. Vor dem Eingange des Theaters hatte man ein Faß Bier angeschlagen und die Krüge wanderten durch die Reihen, wie in früheren Zeiten die Wasser-Nübel bei einer Feuersbrunst. Die Musikanten hatten auch feischen Anfang aus den Maßkrügen geholt und bliesen in ihre Instrumente hinein, als gälte es den Mauern von Jericho. Dann sang wieder, Ruhe heischend, die Mose. Der Pilgrim trat auf, und nachdem

er seine kräftige Ermahnung und Belehrung angebracht, sagte er: „Dieweil der nächste Vorgang im Spiel in einem Wald sein thut und unsrige Kulisn schon verteuft abgehopsn sein, habm mir's so eingerichtet, daß mir alle mitand ins Auele marschirn und unter Gottes freier Welt den zweiten Toal des Stücks auffiharn.“

Und so geschah es auch. Unter Vorantritt der Musik, der dann die Darsteller folgten, zogen wir alle unter Völkerrall über Wies und Feld hinaus ins Auele. Das war eine kleine Schlucht, von hoch aufragenden Felsen abgegeschlossen, und dort befand sich sogar eine Höhle. Die Leute lagerten auf dem Rasen, an Farnen und Felsblöcken herum, die Darsteller zogen sich in das Gebüsch zurück und die Komödie spielte weiter.

Sein eigentliches Naturell sollte aber erst zur Geltung kommen, als er des Schmerzreichts ansichtig wurde, der tief gebückt Holz sammelte. Die Stellung war auch zu verlockend für einen Tod, und mit einem erschrockenen „Kreuz jaggera!“ flog der unglückliche Knabe ins Moos. Sonst ging der zweite und dritte Aufzug im Auele ohne Störung vorüber.

Der heimgekehrte Pflanzgraf fand sein unglückliches Weib und sein Kind im Walde. Jückerlich schnob er nach Rache. Da war der Weitegger Hans groß in seiner Rolle.

„Wein Wein giebt's granzig gnug auf Erd'n, Mit der der Golo ject soll a'schund'n werd'n!“

„Merrache! Merrache! Merrache!“ brüllte er und wollte sein Schwert ziehen; aber er brach es nicht aus der Scheide.

Nach einigen freundlichen Anspielungen auf Golos Schleichartigkeit und mit der gut gemeinten Ermahnung, die Zuschauer sollen den Stein des Bösen, der in aller Herzen wohne, erstickn, lud uns der Pilgrim nun ein, wieder in das Theater zurückzu-

Briefe müssen richtig frankiert werden!

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen, die ungenügend frankiert waren. Wir mussten deshalb Strafpunkte bezahlen, sofern wir die Briefe annehmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass Briefe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 5 Pfg., Postkarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortverkehr nur 2 Pfg.

Redaktion und Expedition.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch den 3. Dezember: 317. Abn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Die heilige Elisabeth. Legende in einem Vorspiel und 3 Akten. Text von D. Noquette.

1. Akt: Das Rosenwunder. 2. Akt: Der Abschied. 3. Akt: Die Vertreibung der Elisabeth.

Bestattung der heiligen Elisabeth. Einlass 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Opere-Vorstellung. Einlass 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Billei-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Die Verachtlichkeit. Freitag: Don Juan. Samstag: Der Postillon von Loujumeau.

Altes Theater.

Mittwoch den 3. Dezember: 10. vollständige Vorstellung zu halben Preisen. Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Einlass 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Halbe Preise. Billei-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Mittwoch den 3. Dezember: 12. Mittwoch-Abonnement. Die Erziehung zur Ehe. Komödie in 3 Akten von Otto Erich Hartleben.

Alexander. Lustspiel in 1 Akt von Arthur Schnitzler. Regie: Oberregisseur Eggeling.

Gewöhnliche Preise. Vorverkauf und Verkauf von Tagesbilleten bei F. K. Coppius, Cigaretten-Import, Petersstraße 15.

Verkaufskalender.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Brühne Erbsen mit Rindfleisch.

Arbeiterinnen!

Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln.

Das Auskunftsbüreau für gewerbliche Streitigkeiten.

Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Arbeiter-Sängerbund für Leipzig u. Umg.

Organisation aller Sängervereinigungen, deren Mitglieder auf dem Boden der mod. Arbeiterbewegung stehen.

Wahlverein Leipzig-Stadt.

Einzig politische Organisation der sozialdemokrat. Partei für den 12. städtischen Wahlbezirk.

Bur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Abnehmers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist.

Genossen! Beruht Euch bei Euren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung.

Redakteur gesucht. Wir suchen zu möglichst sofortigem Antritt einen zweiten Redakteur, der mit den sächsischen und lokalen Verhältnissen vertraut ist.

Reparaturen an Taschenuhren, Wand-, Stand- und Weckuhren, Musikwerken sowie an allen anderen mechan. Werken.

Pa. Speisekartoffeln (Magu. bou.) v. Sandboden verkauft pr. Str. ab Lager Nr. 2. - frei Haus Nr. 2, 25.

10 Mk. Belohnung. sichere ich demjenigen, der mir den Täter nachweist, welcher auf dem Conventlyer Bahnhofe an verschiedenen Wagen die Borstleder abgezogen hat.

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz u. Umg. Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht. Unsere Geschäftsstelle Schönfeld I bleibt am Donnerstag den 4. Dezember d. J. umzugshalber geschlossen und befindet sich vom 5. Dezember ab 45 Dimpfel-Strasse 45. Der Vorstand.

Hirschlederne Turnschuhe passend als Weihnachtsgeschenk, sowie alle anderen Sorten Turnschuhe und solche Schuhe und Stiefel empfiehlt zu billigsten Preisen.

Alten Gummi aller Art kauft stets große u. kleine Rollen Hermann Wruck, Leipzig Sternwartenstr. 44.

Emil Beier, Gastwirt Volkmarisdorf, Ludwigstraße 101. Heilung o. Operat. u. Berufsstör. Schmidt, Königsplatz 9-1, 6-8. Minderbemittelte 6-8.

Neu! Naethers unlegbare Kinderstühle 3 bis 18 Mk. POP Panorama, Rosaplatz.

Solide Familienartikel v. v. Leistungsfäh. Firma mit Verschönerung auf Abzahl. u. bill. Preis. Off. unt. Wüstenbergstr. 2, Pfl.

Schuhmacher gesucht. Kleinschöcher, Albertstraße 4, II. Maler sucht passende Beschäftigung.

Billards, neue u. gebrauchte Bill. u. Queues, Tische u. Leder A. Immisch, Gumboldstr. 7.

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvogel, Pracht u. billige Käfige, hochf. Sommerküchen, 5 Pfd. 1.10 Mk., sowie a. Sorten pr. Vogelkutter, Ameisenener, Mehlw., ital. Goldf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

Wäsche zum Säcken und Waschen wird angenommen. Kleinschöcher, Ecke Eybner Str. u. Friedhofsweg, im Laden.

Billige Schuhwaren. Gelegenheitskäufe. Bitte anfordern, kein Kaufzwang, kein Laden. Thomasiusstr. 14, pt. E. A. Krieger, Schneidermstr. Von jetzt ab Leipzig, Poststr. 15, III. r. Regelmäßig nur j. Sonntag v. 11-3 Uhr.

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvogel, Pracht u. billige Käfige, hochf. Sommerküchen, 5 Pfd. 1.10 Mk., sowie a. Sorten pr. Vogelkutter, Ameisenener, Mehlw., ital. Goldf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

Wäsche zum Säcken und Waschen wird angenommen. Kleinschöcher, Ecke Eybner Str. u. Friedhofsweg, im Laden.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Die heute fällige regelmäßige Mitgliederversammlung fällt zu Gunsten der morgen Donnerstag in der Goldenen Krone stattfindenden

Volksversammlung

aus. [10763] Der Vorstand.

Automaten-Restaurant!

Sainstraße 26 Nur noch wenige Wochen Sainstraße 26
part. u. l. Etg. part. u. l. Etg.
dauert die beliebte Ausstellung der Automatischen Kunstwerke, da Anfang
Januar die Lokalitäten zu einem internationalen Verkehrs- und Speisehaus
ohne Automat eingerichtet werden.

Versäumen Sie nicht, die kurze Zeit noch zu benutzen,
um sich und Ihre Familie noch einige **angenehme Stunden**
zu bereiten.

Hochinteressante Neuheiten!
In der ganzen Welt einzig dastehend: **Straßburger Uhr.** Amüsant und befehlend!
Imposant einzig in seiner Art: **Niesens-Orgelklavier.**
Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen. — ff. Weine und Biere.
Zu regem Besuche ladet ergebenst ein [10076] **Robert Streubel.**

Dürkopp- u. Opel-Nähmaschinen

beste deutsche Fabrikate für Hausgebrauch u. Gewerbe
empfehlen außerst preiswert
(Wiederverkäufeln höchsten Rabatt)

Firma: Arthur Klarner, Leipzig, Eisenstr. 12
Großhandlung in Fahrrädern, Nähmaschinen u. Zubehör aller Art.

Konfurrensmassen-Ausverkauf.

Ein Posten eleganter Winter- und Sommer-Paletots
von 8 Mk. an, sowie Winter-Joppen von 3 Mk. an,
Kinder-Paletots 3 Mk. — Kinder-Joppen von 50 Pfg. an.
Ein Posten hochleganter Winter-Joppen-Anzüge
früher 16 Mk., jetzt 8.50 Mk.
und andere Waren.

Nr. 5 Kleine Fleischergasse Nr. 5
am Stufen.

Soeben beginnt zu erscheinen:

Meyers Sechste, gänzlich Neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Grosses Konversations-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

148.000 Artikel u. Verweisungen.
11.000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.

Prima-Qualität v. 60 Pfg. b. 10 Mk.



Schneider & Seidel, Kurprinzstrasse 16, vis-à-vis der Markthalle.



Mönchshof

Kulmbacher Bier

ist von absoluter Reinheit eingebraut und wird als ein

Stärkungs-Mittel

allererster Güte herzlich empfohlen.

Ross-Schlächtereien Leutzsch

Grenzstr. 4, Germ. Friedrich.
Rosshfleisch, tägl. frisch, Wurst, Sauerbraten.

Frische Seefische, geräucherter und marinierte Fischwaren empfiehlt
H. B. Böhse, Nürnberger Str. 22.

Kuchen

Die schönsten u. geländeten (Napfkuchen, Pfannkuchen, Stollen) bädert jede Hausfrau mühelos mit dem

Thalysia-Badmehl

Qual. I 40 Pfg. a Pfd., Qual. II 30 Pfg. a Pfd. Daselbe enthält II. Aroma (altdeutsches Backmehl) und die Crispkraft, so daß Fele, Mandeln und sonstige Gewürze selbst werden, und außer Zucker, Palmfruchtschmelze (H. hug. Bad- und Kraftzell a Pfd. 45 Pfg.; Alleinvertausch), Milch, Eier sowie höchstens noch Rollen nötig sind. Rezepte und Gebrauchsanweisung auf jedem Paket. Mißerfolg vollständig ausgeschlossen.

Sanitäts-Bazar Thalysia, Neumarkt 40 (Ecke Peterskirchhof), Rathausring 1/2 und Vorort-Fillaten.

Telephon 8153.



Schneider & Seidel
Kurprinzstr. 16, vis-à-vis Markthalle.

Modell-Dampfmaschinen
Heissluftmotore
Dampf- und Uhrwerkzeuge
Modelle etc.
Elektr. Bahnen.
Schlittschube von 75 Pfg. an
Für Haushaltung: Waschmaschinen
Wringmaschinen
Nähmaschinen
Petroleumöfen.
„Presto“-Fahr-Räder
In. Fabrikat.

H. Niepraschk
Uhrmacher
Lindenau, Josephstr. 38
empfiehlt sein Lager aller Arten
Uhren und Goldwaren
als Ringe, Ketten, Broschen etc.
Werkstatt für Reparaturen.



Soma

Die echte und beliebteste

Waldmeister-Cigarette
der Cigarettenfabrik **TUMA in Dresden**

überall zu haben.

Engros-Versand: Leipzig, Grimmische Strasse 31.

Marienbad
L-Neuschönfeld
Eisenbahnstrasse 66
Telephon: Nr. 346.

Die Anstalt ist für alle Wäder von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Sämtliche Neuheiten in [10144]

Filzhüten
anerkannt beste Fabrikate



Filzschuhe, Filzpantoffeln
aus der Fabrik von **Ferdinand Fischer in Pegau**
ausgezeichnet im Tragen
zu billigen Preisen

Unger, Königsplatz 5.

Feinste Pflanzenbutter
Preis pro Pfund 70 Pfg.
Zu jedem Pfund Palmöl erhält der Käufer ein Serienbild. [3969]



Echt goldene Trauringe
von 4 Mark an bei [9901]
Gustav Kanis, Tauchaer Str. 6.

Phoenix-Magazin
10761] **E. Braun.**
Neumarkt 10
parterre und 1. Etage.



Kinder-Schutzgitter
Puppenwagen
Puppen-Sportwagen
Puppen- und Kinder-Möbel
Puppen- und Kinder-Schaukeln
Kinder-Betten
Kinder-Körbe
Verstellbare Kinder-Stühle
Enorme Auswahl.
Spottbillige Preise.

Auktion.
Donnerstag früh 10 Uhr versteigert
Windmühlentstr. 10, H. Soal, Lebs u.
Bettwäsche, Gendenbarckente, Kleider-
u. Schürzenstoffe, Samt, Herren- u.
Damenkleider, Filzschuhe. [10766]
Emil Müller, Auktionator.

Möbel
erhält man selbst zu billigsten Preisen
bei
H. Dietrich
Eisfabrikmeister [2880]
Lindenau, Wetzburger Str. 83.

Nähmaschinen [10590]
Wringmaschinen
Strick- u. Pelzmaschinen
Otto Axe, Plagwitz
Ede-Wetzburger Str. u. Weihenf. Str. 58.

Fahrräder, Nähmaschinen
Wringmaschinen, Glöcken, Laternen,
Lauddecken, Luftschläuche und Öhren-
wärmer [10649]
empfiehlt billigt als passendes
Weihnachtsgeschenk
G. Brückner, Dresdener Str. 12.
10 St. geb. Singer-Nähmaschinen
sowie mehr. Schneider- u. Schuhm.-Masch.
billig zu verk. Königsgasse 20, S. I. 1.

Billiger wie überall.

Heiraten Sie ruhig

Sorgen bleiben Ihnen fern, weil Ihnen die Firma **N. Fuchs**, Kurprinzstr. 13, die gesamte Ausstattung in guter Ware bei kleinster Anzahlung und von Ihnen zu bestimmender Abzahlung liefert.

Auf Kredit empfehle ich an jedermann:

Herren-Anzüge.		Wohnungs-Einrichtungen.	
1 Anzug für 35 Mark	Anzahlung 8.— Mark.	1 Zimmer für 98 Mark	Anzahlung 10 Mark.
1 " " 45 " "	" " 10.50 " "	2 " " 195 " "	" " 18 " "
1 " " 56 " "	" " 12.— " "	3 " " 300 " "	" " 28 " "
1 Ueberzieher für 31 Mark	" " 8.— " "	4 " " 308 " "	" " 38 " "
1 " " 42 " "	" " 10.— " "	Sofas, Divans, Kleiderschränke, Verticos, Kommoden, Kinderwagen, Regulateure, Taschenuhren von 5 Mk. an. Abzahlung schon wöchentlich von 1 Mark an.	
1 " " 55 " "	" " 12.— " "		

Abzahlung schon wöchentlich von 1 Mark an.

Damen-Paletots, Kragen und Jacketts.
Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche und Portieren. [10750]

N. Fuchs, Leipzig, Kurprinzstr. 13, 1 Treppe.

Erstes und größtes Waren- und Möbel-Kredit-Geschäft am Platz.

Kredit auch nach auswärts.

namentliche Abstimmung. Im Namen meiner politischen Freunde darf ich die Erklärung abgeben, daß wir uns an der Abstimmung über den Antrag Kardorff nicht beteiligen werden, weil wir auch nicht indirekt die Hände dazu bieten wollen, Würde und Ansehen des Parlamentes zu vernichten. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei der Mehrheit.) Sie kommen mit diesem Antrag zu einer recht zeitigen Stunde. Heute ist der 2. Dezember, der Tag der Staatsfeier. (Bewegung.) Aber Sie werden keineswegs Freunde an diesem Staatsfeiern erleben. Die Abstimmung wird vor aller Welt diejenigen festsetzen, die von diesem Mittel Gebrauch machen wollen. Wenn wir bei der Abstimmung über den Antrag Kardorff fehlen, so wird jedermann nach dieser Erklärung wissen, daß wir gegen den Antrag stimmen würden. Ich bitte, über den Antrag Kardorff zur einfachen Tagesordnung überzugehen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort
Abg. v. Kardorff (Rp.): (Nebner spricht anfangs so leise, daß bei den Sozialdemokraten wiederholt Rufe ertönen: lauter, wir können nichts hören! Nebner erhebt darauf seine Stimme und ruft aus:) Ich habe auch Herrn Singer nicht hören können, ich habe das Recht, von meinem Plaz zu sprechen, ich kann laut genug sprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am 18. Oktober 1874 hat der Abg. v. Wolffen den Schluß einer Geschäftsordnungsdebatte beantragt. Darauf antwortete der Präsident: „Ich halte allerdings den Antrag auf Schluß dieser speziellen Diskussion in Bezug auf diese Geschäftsordnungsfrage für zulässig. Ich werde daher, wenn ein Widerspruch sich gegen diesen Antrag nicht erhebt (Hört, hört! bei den Soz.), darüber abstimmen lassen.“ Darauf hat er den Antrag zur Abstimmung gebracht. Ich will den Präsidenten nicht kritisieren, aber nach meiner Auffassung ist es sehr zweifelhaft, ob der Antrag Singer auf einfache Tagesordnung über einen Schlußantrag zulässig ist. (Nebner macht nach diesen Worten eine längere Pause, während deren er in seinen Manuskripten umherflücht. Er kann offenbar das gesuchte Material lange nicht finden. Abg. Bebel ruft: Sehr schlecht vorbereitet!)

Abg. v. Kardorff fährt darauf fort: § 53 der Geschäftsordnung bestimmt: „Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnach ohne weitere Motivierung des Antrages und ohne Diskussion über denselben abgestimmt.“ Wenn aber ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt wird, so wird damit ja eine Diskussion über den Schlußantrag herbeigeführt, was die Geschäftsordnung ausschließt. Dafür ist kein Präzedenzfall, daß jemals zu einem Schlußantrag der Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt worden wäre. (Zurufe b. d. Soz.)

Ich will mich auf die Anpassungen des Abg. Singer nicht weiter einlassen und nur eins bemerken: Sie (zu den Sozialdemokraten) sehen so zuversichtlich in die Zukunft. (Abg. Bebel: Jawohl!) Sie hoffen, daß Sie einmal die Majorität im Reichstag bekommen und daß einmal der Moment komme, wo Sie die deutschen Wärfen vor die Frage stellen, ob sie zu Gunsten von Bebel und Singer obdizieren wollen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Huh, huh! Große Unruhe.) Wenn Sie aber die Majorität im Reichstag besäßen und die 58 royalistischen Mitglieder des Reichstages sich diese Art der Verhöhnung der Majorität, diese Art der Obstruktion herausnahmen, die Sie uns gegenüber bis jetzt angewandt haben, was würden Sie wohl für Maßregeln ergreifen? Dann würden die Danton, Marat und Robespierre die Leute sein, nach denen Sie sich richteten! (Große Unruhe, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Antrag Singer abzulehnen.

Präsident Graf Ballestrem: Es sind Zweifel ausgesprochen an der Zulässigkeit des Antrags auf einfache Tagesordnung. § 53 sagt aber nach dem vom Abg. v. Kardorff verlesenen Passus: „Der Antrag auf einfache Tagesordnung kann zu jeder Zeit gestellt werden und bedarf keiner Unterstützung.“ Dieser zweite Passus spricht nicht von einer Ausnahme in Bezug auf Anträge auf Schluß oder Vertagung. Deshalb konnte ich nach der wörtlichen Auslegung der Geschäftsordnung diesen Antrag nicht zurückweisen. (Abg. Singer bittet um Wort zu einer persönlichen Bemerkung.) Jetzt hat nur ein Nebner für und einer gegen den Antrag Singer zu sprechen. Hier ist eine persönliche Bemerkung nicht zulässig. — Abg. Singer hat beantragt, über den Antrag auf einfache Tagesordnung namentlich abzustimmen. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung.

Zur Unterstützung erheben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten und die Mitglieder der freisinnigen Parteien; nur Abg. Richter (freis. Vp.) und Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.) bleiben sitzen. Die Unterstützung ist ausreichend.

Es wird zur namentlichen Abstimmung geschritten. Nach dem Schluß derselben erklärt:

Präsident Graf Ballestrem: Das Resultat wird verkündet werden, wenn die urkundlichen Listen protokolllarisch festgestellt sind, also etwa in einer halben Stunde. Ich schlage vor, die Sitzung so lange zu vertagen. (Große Bewegung.)
Unterbrechung der Sitzung 3 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung 3 Uhr 35 Min.

Vizepräsident Graf v. Stolberg-Bernigerode: Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es sind abgegeben worden 293 Stimmentzettel, davon mit ja 75, mit nein 218. Der Antrag auf einfache Tagesordnung ist somit abgelehnt, wir kommen nun zur Abstimmung über den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte, über den Antrag v. Kardorff. Ich bitte, daß die Herren...

Abg. Barth: Ich beantrage namentliche Abstimmung. (Lachen rechts.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Wir befinden uns bereits in der Abstimmung. (Stürmische Unterbrechungen links, Rufe: Nein! nein!)

Abg. Gothein stimmt auf's Präsidium und verhandelt erregt mit den Schriftführern; die Mehrheit hat sich bereits einschließend der Nationaliberalen von den Plätzen erhoben.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe gesagt, ich bitte, daß diejenigen Herren, welche den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag v. Kardorff annehmen wollen, — (Stürmische Unterbrechungen links: Nein, das haben Sie noch nicht gesagt!)

Vizepräsident Graf Stolberg wiederholt seine Worte. (Neue Unterbrechungen.) Ich habe gesagt, wir kommen zur Abstimmung über den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte über den Antrag v. Kardorff. Ich habe ferner gesagt, wir stimmen ab und ich bitte die Herren, welche für den Antrag sind, sich zu erheben. — Das ist geschehen, der Schluß ist somit beschlossene. (Bravo! bei der Mehrheit.) Es sind Zweifel über die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff ausgesprochen. Wir haben daher zunächst über die Zulässigkeit des Antrags abzustimmen. (Abg. Dr. Barth: Zur Geschäftsordnung!) Ich kann nur noch das Wort geben zur Frage der Art der Abstimmung.

Abg. Dr. Barth (freis. Vp.): Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Abg. Gothein (freis. Vp.): Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, ehe der Herr Präsident das Wort ergriffen hat, also vor der Abstimmung.

Vizepräsident Graf Stolberg: Mir ist nichts vorgelegt worden. (Zuruf links.) Sie haben sich außerdem bei mir zu melden. (Zuruf links: Wozu sind denn die Schriftführer da?) Es ist namentliche Abstimmung über die Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff beantragt.

Vizepräsident Graf Stolberg nimmt die Abstimmung vor. Nachdem die Abstimmung geschloffen ist, erklärt

Vizepräsident Graf Stolberg: Meine Herren! Es haben sich bei den namentlichen Abstimmungen nach dem neuen Modus kleine Ungenauigkeiten ergeben, die übrigens auf das Resultat selbst ohne

Einfluss geblieben sind. Damit solche Ungenauigkeiten vermieden werden, bitte ich die Herren Schriftführer die Zettel doppelt zu zählen. (Heiterkeit links.)

Nach 10 Minuten verkündet der Vizepräsident das Ergebnis der Abstimmung. An der Abstimmung haben sich 254 Abgeordnete beteiligt, davon haben 198 mit ja, 45 mit nein gestimmt, 11 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. Der Antrag v. Kardorff ist also für geschäftsordnungsmäßig zulässig erklärt worden. In Bezug auf das eben mitgeteilte Abstimmungsergebnis gebe ich das Wort zu einer Erklärung dem Abg. Singer.

Abg. Singer (Soz.): Präsident Graf Ballestrem hatte mir versprochen, das Wort zu einer Erklärung vor Verkündigung des eben gehörten Abstimmungsergebnisses zu geben. Der gegenwärtig amtierende Vizepräsident wußte von dieser Verabredung nichts, er ist aber so lebenswürdig, mir jetzt das Wort zu geben. Zunächst muß ich ein Mißverständnis berichtigen. Ich habe vorher nicht erklären wollen, daß meine Freunde sich an der Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte nicht beteiligen wollen. Das war ein Irrtum. Ich wollte erklären, daß sich meine Freunde an der Abstimmung über die Frage der Zulässigkeit des Antrags v. Kardorff nicht beteiligen.

Ich habe jetzt folgende Erklärung abzugeben: Mit dem Antrag v. Kardorff und Genossen hat sich die Mehrheit des deutschen Reichstages außerhalb der Geschäftsordnung und der Verfassung gestellt. (Gelächter rechts.) In der Voraussicht, daß die Mehrheitspartei die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl der Mitglieder nicht für die Zeit zusammenhalten können, die zur sachgemäßen Diskussion und Verabschiedung des Posttarifs erforderlich ist, haben die Mehrheitspartei, ohne auch nur den Versuch einer Beratung des Tarifs im Plenum des Reichstages zu unternehmen, vor Beginn der Spezialberatung des Tarifs statt der geschäftsordnungsmäßigen Diskussion und Beschlußfassung einen Gewaltstreik verübt, um durch einen Bruch der Geschäftsordnung, der Verfassung und des parlamentarischen Rechtes dem deutschen Volk ein Interessengesetz zu Gunsten einer winzigen Minderheit zu oktroyieren. (Unruhe bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg-Bernigerode: Ich muß Sie unterbrechen. Abg. Singer wirft der Mehrheit des Hauses vor, daß sie nicht nur einen Geschäftsordnungsbruch, sondern auch einen Verfassungsbruch begangen hätte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein solcher Ausbruch ist unzulässig. (Zuruf bei den Soz.: Aber wahr!) Ich rufe den Abg. Singer deswegen zur Ordnung. (Große Unruhe bei den Soz.)

Abg. Singer (fortfahrend): Die Mehrheitspartei haben damit die Diktatur des Posttarifs proklamiert. (Lauter Gelächter rechts.) Die sozialdemokratische Fraktion hat beschloffen, deshalb jede Teilnahme an diesen parlamentarischen Staatsfeiern abzulehnen, und hat sich an der Beschlußfassung über die Zulässigkeit des Antrags Kardorff und Genossen nicht beteiligt, indem sie von der Gewalt an das Recht, von der volkshenlichen Mehrheit des Reichstages an das Volk selbst appelliert. (Lebhafte Beifall bei den Soz. Unruhe bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Wir fahren fort in der Tagesordnung. (Rufe bei den Soz.: Zur Geschäftsordnung!) Ich gebe Ihnen gleich das Wort zur Geschäftsordnung. Ich eröffne nunmehr die Diskussion über § 1, Absatz 1 der Kommissionsbeschlüsse im Zusammenhang mit dem Antrag v. Kardorff und den dazu gestellten Anträgen. (Wiederholte Rufe bei den Soz.: Zur Geschäftsordnung!) Ich bemerke dabei, daß der Antrag v. Kardorff in folgender Weise abgeändert worden ist. Ich glaube, er ist bereits verteilt. (Beil. Rufe links: Nein! nein!) Dann wird er gleich verteilt werden. Dieser Änderungsantrag lautet: „1. Die Worte Eventualantrag zu Nr. 704 der Druckfaden“ unter der Ueberschrift der Druckfaden fallen fort. 2. An Stelle der Einleitungsworte „Der Reichstag wolle beschließen: für den Fall der Annahme des § 1, Absatz 1 des Entwurfs eines Posttarifgesetzes denselben zu fassen wie folgt“ ist zu setzen: „Der Reichstag wolle beschließen: den Absatz 1 des § 1 des Entwurfs eines Posttarifgesetzes wie folgt zu fassen: „Berlin den 2. Dezember 1902“.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Abg. Gothein.

Abg. Gothein (freis. Vp.): Der Präsident hat vorhin erklärt, auf meine Bemerkung, daß ich mich rechtzeitig zur Geschäftsordnung gemeldet hätte, bevor wir in die Abstimmung eingetreten sind, daß diese Meldung nicht bei ihm erfolgt sei, und daß eine Meldung zum Wort beim Präsidenten erfolgen müsse, daß die Meldung beim Schriftführer nicht genüge.

Vizepräsident Graf Stolberg-Bernigerode: Ich möchte kein Mißverständnis aufkommen lassen. Ich habe Ihnen daraus keinen Vorwurf gemacht, sondern nur gesagt: ich habe nicht gewußt, daß Sie sich gemeldet haben.

Abg. Gothein (fortfahrend): Ich bin dem Präsidenten sehr dankbar, aber daß er mir daraus einen Vorwurf machen wollte, habe ich selbstverständlich nicht angenommen. (Sehr gut! links.) Ich halte es für absolut ausreichend, wenn man seine Wortmeldung beim Schriftführer anbringt. Das war bisher stets üblich. (Zustimmung links.) Es steht mit seinem Wort in der Geschäftsordnung, daß diese Wortmeldung beim Präsidenten erfolgen müßte. Es wäre ein schwerwiegender Präzedenzfall, wenn konstatiert würde, daß man sich nur beim Präsidenten melden darf. (Sehr richtig! links.)

Es ist soeben ein neuer Antrag zum Antrag v. Kardorff zugegangen. (Rufe bei den Soz.: Noch nicht zugegangen!) Dieser Antrag ist, wie er uns vorliegt, gänzlich anonym, es steht gar kein Name darunter. (Unruhe rechts.) Ich weiß nicht, ob er im Original darunter steht. Ich halte diesen Antrag nicht für zulässig. (Gr. Unruhe rechts, Zustimmung links.) Sie haben einen Beschluß gefaßt, wonach ein anderer Antrag zulässig ist. Aber in keiner Weise haben Sie beschloffen, daß dieser Antrag zulässig sei. (Zustimmung links.) Dieser neue Antrag ist nach der Geschäftsordnung gänzlich unzulässig; er kann nicht zur Debatte gestellt werden.

Der Eventualantrag Kardorff kann erst beraten werden, wenn der ganze Posttarif durchberaten ist. (Große Heiterkeit links.) Wir sind bereits in die Beratung des Posttarifs eingetreten. Das hat der Präsident am 27. November ausdrücklich gesagt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein Widerspruch gegen den Vorschlag des Vizepräsidenten ist von keiner Seite erfolgt. (Lebhafte Zustimmung links, große Unruhe rechts.) Infolgedessen haben wir in die Beratung des Posttarifs einzutreten und können in die Beratung des Antrags Kardorff erst eintreten, wenn der Posttarif erledigt ist. (Große Heiterkeit links, Unruhe bei der Mehrheit.) Daß diese Ansicht richtig ist, bestätigt der Anonymus, der den neuen Antrag eben gestellt hat. Dem ist es klar, mit welcher ungläubigen Schamheit die Herren den ersten Antrag Kardorff gestellt haben. (Große Heiterkeit links.) Wachsende Unruhe bei der Mehrheit.) Es ist so viel vom Epigonenhumus die Rede. Vollkommen Rechte: Der beste Beweis ist, daß die Mehrheitspartei nicht einen unter sich finden können, der einen korrekten Antrag einbringt. (Lebhafte Zustimmung links.) Ein so ungeschickter und unbrauchbarer Antrag wie der Antrag Kardorff ist noch niemals in deutschen Reichstagen erlebt worden. (Sehr richtig! links.) Wir sind jetzt dabei, einen anonymen Antrag zu beraten; ich weiß nicht, ob das zulässig ist. (Große Heiterkeit links.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie einen Augenblick unterbrechen. Der Antrag liegt mit der Unterschrift des Herrn v. Kardorff bei mir vor, wenn diese Unterschrift nicht auf den Druckexemplaren sich befindet, so kann ich nur annehmen, daß das ein Versehen der Druckerei ist. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Gothein (fortfahrend): Ich nehme selbstverständlich an, daß der Antrag mit der Unterschrift bereits zu der Druckerei bejordert worden ist. Jedenfalls ist der Antrag mit § 10 der

Geschäftsordnung nicht vereinbar. Was mit dem Antrag bewandt wird, was er eigentlich bedeutet, darüber sind ja die verschiedenen Herren Antragsteller durchaus verschiedener Meinung. (Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter. Sie sprechen zur Geschäftsordnung. Ich möchte Sie bitten, thätiglich auch nur wörtlich zur Geschäftsordnung zu sprechen (Bravo! rechts, Zurufe links) und nicht unter der Form einer Geschäftsordnungsdebatte über den ganzen Antrag materiell zu diskutieren.

Abg. Gothein (freis. Vp.): Es liegt mir gänzlich fern, materiell diesen Antrag würdigen zu wollen; dabei sind wir noch gar nicht, ich spreche über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrags. (Sehr richtig! links.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit ist vorher durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden. (Stürmische Zurufe links: Nein, nein!)

Abg. Gothein (freis. Vp.): Herr Präsident, es ist die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit anerkannt worden von der Mehrheit bezüglich des Eventualantrags v. Kardorff, aber nicht bezüglich des Antrags, der jetzt vorliegt. (Sehr richtig! links.) Deshalb bin ich durchaus berechtigt, über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit dieses Antrags zu sprechen.

Wenn ein Antrag vorliegt, so muß man doch wissen, was dieser Antrag beweckt. Berets über den früheren Antrag herrschte völlige Unklarheit. Was Herr Bassermann über die Bedeutung jenes Antrags gesagt hat, trifft den neuen Antrag genau in derselben Weise. Herr Bassermann sagte, die Einbringung von materiellen Änderungsanträgen wird dadurch, daß wir sofort in die Beratung über die Zulässigkeit des Antrags eintreten, in keiner Weise beschränkt. Am folgenden Tage sagte dann Herr Bassermann: „Wir haben uns durch die Art und Weise, wie die Beratung bisher seitens der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung geführt ist, davon überzeugt, daß wenn der Posttarif im einzelnen beraten wird, die Beratung nie zu Ende kommt.“ Herr Bassermann ist also an zwei aufeinander folgenden Tagen thätiglich durchaus verschiedener Meinung über das, was der Antrag beweckt, gewesen. Er hat gesagt, Herr v. Kardorff hat unrecht, wenn er von einer bloß-Annahme sprach, es kann der ganze Posttarif eingeführt werden. Daraus ergiebt sich, daß die Diskussion über den Posttarif nicht ausgeschlossen ist. Das steht im völligen Widerspruch zu dem, was Herr v. Kardorff gesagt hat.

Ich nehme als selbstverständlich an, daß Herr v. Kardorff auch seinen neuen Antrag als ein bloß-Annahme interpretieren wird. Dann müßten wir zunächst die 23 Referate seitens der Berichtserthatter entgegennehmen. Wir sätlichen uns selbstverständlich der Interpretation des Herrn Bassermann an, daß der Posttarif zunächst beraten werden muß, und da halte ich es für richtig, daß die Referenten lediglich über die einzelnen Positionen bezw. wo Zusammenfassungen für zweckmäßig erachtet werden, über die Abschnitte referieren. Ich spreche ausdrücklich den Wunsch aus, daß dies zunächst geschehen möge.

Nach unserer Meinung widerspricht der neue Antrag Kardorff § 10 der Geschäftsordnung, weil er zweifellos eine ein bloß-Annahme des Tarifs bedeuten würde. Ueber alle Anträge betreffend Abänderung der Positionen würde mit einem Male zur Tagesordnung übergegangen werden. Das war bei den Anträgen Wangenheim zu den Mindestzöllen allenfalls noch möglich, da es sich bei ihnen um einen einzigen Paragraphen handelte, hier aber handelt es sich um ein dreißigbüchiges Ungelüm von 188 noch ausstehenden Positionen, alle dazu gestellten Anträge können geschäftsordnungsmäßig unmöglich mit einem Schläge lotgenmacht werden.

Sie haben mit diesem Beschluß in keiner Weise verhindert, daß der Posttarif beraten wird. Der Posttarif steht auf der Tagesordnung und wir werden unsere Anträge zum Posttarif ruhig einbringen. Sie haben Zeitvergeudung getrieben, und Zeitvergeudung das ist Obstruktion. (Lebhafte Beifall links. Gelächter der Mehrheit. Rufe rechts: Ist das eine Rede zur Geschäftsordnung?) Sie haben ruhig zu sein und mich nicht zu unterbrechen. Bei dem früheren Antrag Kardorff — (Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf v. Stolberg: Ich muß den Nebner einen Augenblick unterbrechen. Wenn in den letzten Tagen der Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte etwas zu weit gezogen war, so halte ich es für sehr wünschenswert, wenn er jetzt etwas enger gezogen wird. (Bravo! bei der Mehrheit. Abg. Brömel ruft: Der neue Herr! Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Gothein (fortfahrend): Ich rede lediglich zur Geschäftsordnung und halte mich durchaus innerhalb der Geschäftsordnung. Ich kann nicht zugeben, daß jetzt ein anderer Maßstab über das Zulässige angelegt wird als früher, sonst kommen wir ja in die absolute Willkür hinein. (Bravo! links.) Es wird uns vorgeworfen, daß wir in der Gefolgschaft der Sozialdemokratie marschieren. Das ist aber nicht der Fall. Ich bin durchaus kein absoluter Freihändler. Ich stehe auf dem völkischen Standpunkt. Ich habe viel eher als die Sozialdemokratie in einer Volksversammlung in Bremen — (Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Was sich in einer Volksversammlung in Bremen zugetragen hat, gehört nicht zur Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Gothein (fortfahrend): Es gehört doch dazu, denn es ist ein Beweis mit für mich und meine Freunde, daß wir in der tatsächlichen Behandlung des Posttarifs nicht im Gefolge der Sozialdemokratie marschieren sind. Ich habe den Herren Sozialdemokraten zugerufen: „Brutus, schläßt Du?“ Viel eher als Herr Bebel habe ich der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Posttarif nicht zu stande kommt. Freilich war ich früher der sanguinischen Meinung, daß die Mehrheit nicht wagen würde, so mit der Geschäftsordnung auszuspringen, wie sie es gethan hat. Von keiner Seite ist verhindert worden, den Beweis zu führen, daß wir Obstruktion getrieben haben. Nun sollen es die Dauerreden in der Kommission sein. Ehrlich gesprochen, war auch mir manche Rede zu lang. Wenn aber alle sozialdemokratischen Nebner nur die Hälfte der Zeit gesprochen hätten, als sie gethan haben, wieviel wäre erspart worden? (Eine Woche!) Sehen wir uns nur einmal die Zahl der Anträge beim ersten Teil des Posttarifs an, der 240 Positionen umfaßt. Da hat die Mehrheit im ganzen 170 Zollerhöhungen beantragt und 4 Zollerhöhungen. Von der freisinnigen Volkspartei sind 58 Anträge eingelaufen, von der freisinnigen Vereinigung aber nur 44. (Hört, hört! links. Rufe rechts: Geschäftsordnungsdebatte, Geschäftsordnungsdebatte!) Da wollte der eine seine Cellulose-Schäfschenpolitik, der andere seine Holzschiff-Schäfschenpolitik, der dritte seine Stein-Schäfschenpolitik, der vierte — (Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, alle diese Details aus der Kommission gehören doch unmöglich zur Geschäftsordnungsdebatte. (Stürmischer Widerspruch links.)

Abg. Gothein (fortfahrend): Es ist uns vorgeworfen, wir hätten in der Tarifkommission obstruiert. (Ruf rechts: Das ist in der anderen Geschäftsordnungsdebatte geschehen.) Ich habe zweifellos das Recht, auf diese Dinge hier einzugehen. (Abg. Camp: Es ist doch eine andere Geschäftsordnungsdebatte.) Gewiß, wir sind ja auch bei einem anderen Antrage, bei dem neuen Antrag Kardorff. (Große Heiterkeit links.) Sie sind doch nicht so rückwärtswohlig gegen uns, daß wir es nötig hätten, auf Sie Rücksicht zu nehmen. (Vizepräsident Graf Stolberg steht und sucht den Ausführungen des Nebners zu folgen.) Auch eine ganze Anzahl Anträge von mir ist in der Kommission angenommen worden. Herr Speck hat sich einmal darüber beklagt, daß Schluß gemacht sei, ohne daß die größte Partei zum Worte gekommen sei. (Hört, hört! links.) Wir haben nun hier im Plenum für drei namentliche Abstimmungen mehr gestimmt als die Freisinnige Volkspartei. Ist das Obstruktion? Diese Behauptung ist doch geradezu lächerlich. (Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich muß Sie nochmal darum ersuchen, daß Sie zur Geschäftsordnung über den Antrag Kardorff sprechen. Ich möchte Sie bitten, diese ganzen Erklärungen

Erörterungen über das, was früher gesehen ist, zu unterlassen. (Stürmischer Widerspruch links.)
 Abg. Gothein (fortfahrend): Der neue Antrag bezweckt die bloße Annahme des Zolltarifs. Der alte Antrag Kardorff ist nicht anders, weil die erste Fassung zu ungeschickt war. Ich werde hier nach, wie außerordentlich geschäftsordnungsmäßig geschildert es ist, diesen Weg zu betreten. (Lachen des Präsidenten.)
 Vicepräsident Graf Stolberg: Das ist keine Frage der Geschäftsordnung, sondern eine sachliche Frage. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Gothein: Es wäre eine sachliche Behandlung, wenn ich darauf eingegangen wäre, wie durch diesen Antrag die einzelnen Positionen des Zolltarifs verewaltigt würden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das habe ich nicht getan und beabsichtige ich auch nicht zu thun. Trotz allen Obstruktionsgeschreies werden wir uns nicht abhalten lassen, unsere Anträge zu stellen. Es ist falsch, zu behaupten, daß die Mehrheit durch die Obstruktion zum Kompromiß gebrängt worden sei.

Das ganze Gedröhl über Obstruktion ist nur ein fadensteiner Mantel, um die Blöße der Arbeitsunfähigkeit des Hauses zu bedecken. (Lebhafte Zustimmung v. d. Soz.) Im Auslegen der Geschäftsordnung ist die Mehrheit hübsch munter, legt ihr nicht ans, so legt unter. (Sehr gut v. d. Soz.) Dieser Rat des Reichstags wird von der Partei fleißig befolgt, die sich die Partei der Wahrheit, der Freiheit und des Rechtes nennt, vom Centrum. Aber es ist eine Partei, die die Wahrheit verbunkeln, die Freiheit fälschen und das Recht brechen will. (Lebhafte Verfall v. d. Soz.) (Lachen des Präsidenten.)

Vicepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter Gothein, das hat doch nichts mit der Frage der Geschäftsordnung zu thun.
 Abg. Gothein (fortfahrend): Ich muß die Angriffe auf meine Partei abwehren dürfen. Noch vor 14 Tagen hat ein Führer hier erklärt, daß es unbenutzbar sei, daß die nationalliberale Partei nicht machen würde und heute haben wir es erlebt. Warum? Weil die Partei das Centrum beneidet, Regierungspartei zu sein. Fast alle nationalliberalen Blätter machen gegen die eigene Fraktion Front. (Lache rechts: Geschäftsordnung! Geschäftsordnung! Vicepräsident Graf Stolberg winkt der Rechten ab.) Die nationalliberale Partei wird an diesem Schritt zu Grunde gehen. Qui margo en pape, en meurt. Sie werden die Konsequenzen dieses Schrittes im preussischen Abgeordnetenhause. Herr v. Kröcher sagt, im Kriege sind alle Mittel erlaubt. Was aber im Kriege die Genfer Konvention, das ist hier die Geschäftsordnung. (Lebhafte Verfall links. Unruhe rechts.) Vor großer Parlamentarier Stahl sagt, Recht geht vor Macht, Autorität nicht Majorität.

Wir werden nie das Recht einer Minderheit antasten, wie Sie es getan haben. Ihre erste Schritt muß weitere Schritte nach sich ziehen. Sie sind noch nicht zu Ende, aber Sie sollen auch den Redner bis zur Keule leeren. Den einzigen stichhaltigen Grund für die Aufhebung der Geschäftsordnung hat Herr v. Kröcher angeführt. Das Jagdvergnügen der Junker. (Sehr gut! links.) Die Vergleiche des Herrn v. Kröcher mit der Zeit vor der französischen Revolution stimmt insofern, als die Freunde des Herrn v. Kröcher ebenso pflichtvergessen sind, wie der Adel Frankreichs, daß auch die damals vorhandene Frivolität heute bei diesen Leuten vorhanden ist. (Sehr gut! links.)

Ein Nationalliberaler, der noch kein Epigone war, Treitschke, hat einmal ausgerufen: „Hüten Sie sich vor dem ersten Schritt! Sie ziehen sonst die Schienen auf für eine schungelnerische Agitation, die in wildem, bachtantischen Treiben unser ganzes Land mit wildem Haber erfüllen wird. Hüten Sie sich davor, Deutschland durch eine Politik der Sonderinteressen unglücklich zu machen!“ Diese Voraussicht ist Wahrheit geworden, und die eigenen Freunde dieses Mahners helfen dazu. Sie (zur Mehrheit) werden weiter schreiten auf diesem Wege. Aber wundern Sie sich nicht, wenn auch die Entrüstung von Tag zu Tag steigt! Die Schuld trifft die Urheber — das sind Sie! (Verfall links.)

Abg. Spahn (Centr.): Ich verstehe einfach nicht, wie Abgeordneter Gothein Zweifel an der Zulässigkeit des neuen Antrags v. Kardorff äußern konnte. (Ohio! links.) Der ursprüngliche Antrag v. Kardorff ist vom Hause für berechtigt erklärt worden. Das hat die Folge, daß nunmehr der Zolltarif in § 1, 1 des Gesetzes aufgenommen ist. Es liegt kein Beschluß des Hauses vor, daß die Beratung des § 1, 1 nach der Beratung des Tarifs erfolgen solle. Aber selbst wenn ein solcher Beschluß vorläge, so wäre er durch die Zulässigkeitsklärung des Antrags v. Kardorff geändert worden. Der neue Antrag hat nur eine formelle Bedeutung; die materielle Bedeutung des ursprünglichen Antrags wird dadurch nicht geändert. Sonst ist es eigentlich gar kein neuer Antrag. Auch der Präsident hat die Sachlage wohlweislich so aufgefaßt. Wir sind die Zweifel des Abgeordneten Gothein absolut unverständlich.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Es ist behauptet worden, daß die Unterschrift des Abg. v. Kardorff zu dem neuen Antrag im Original vorliege. Haben aber auch die übrigen Unterzeichner des ursprünglichen Antrags „die Herren Wasserhagen, Dr. Sattler, Dr. Stockmann, Spahn u. f. w., ihre Unterschriften zu der Verichtigung“ gegeben, wie es dort erforderlich wäre? Das ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der Fall. Ein vorliegender Antrag kann aber nicht von einem einzelnen Unterzeichner „berichtigt“ werden. Wie ist es überhaupt möglich geworden, daß man zu so ungewöhnlichen Mitteln greift? Die Mehrheit entscheidet immer wieder ihren Bruch der Geschäftsordnung mit der „Notwehr“. Dr. Spahn sagte, keine Freunde seien in der Kommission getödtet worden, sachliche Anträge zu stellen. Darf aber eine Partei, wenn sie sich ihrer Pflicht bewußt ist, sich von der Stellung sachlich erforderlicher Anträge auf irgend eine Weise abhalten lassen? (Sehr gut! bei den Soz.) Die Anträge Herold in der Kommission wurden meist nicht begründet, sondern es wurde gesagt, das ist der Kompromiß. Was ist denn Kompromiß, das ist doch keine anerkannte Körperschaft, sondern es ist eine Körperschaft die außerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Formen des Reichstags, außerhalb des Plenums und der Kommission tagt.

Vicepräsident Büsing: Herr Abg. Mollenhuth, wir sprechen jetzt über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des berichtigten Antrags Kardorff. (Zuruf links: berichtigen!) Dafür sind die Vorgänge in der Kommission von keiner Bedeutung. Ich bitte Sie sich auf die Diskussion der Zulässigkeit des Antrags Kardorff zu beschränken.

Abg. Mollenhuth (fortfahrend): Das will ich auch. Wie ich schon ausführte, bin ich durch die eigentümliche Fassung dieses Antrags zu der Vermutung gekommen, daß es außerhalb dieses Hauses fabriziert worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn in anderen Ländern sich solche Einflüsse geltend machen außerhalb des Parlaments, so entrüstet man sich bei uns darüber. In Newyork haben wir z. B. einmal einen solchen Fall verzeichnen können. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung!) Aber in ganz Newyork würde selbst der korrupteste Richter ein durch solche Einflüsse zu stande gekommenes Gesetz nicht anerkennen. — Die Mehrheit behauptet, sich in der Notwehr zu befinden, die Minorität soll zuerreden gehalten haben. Was sind Dauerreden? Die erste lange Rede in der Kommission wurde vom Abg. Müllers-Meinungen gehalten, also einem Mitgließe der Freisinnigen Volkspartei. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung!) Nach dem Abgeordneten Richter sollen wir die Notwendigkeit der Notwehr durch unsere Zustimmung zu § 11a herbeigeführt haben. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung!) Zurufe links.)

Vicepräsident Büsing (nach links): Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen! (Abg. Stadthagen: Da drüben auch!) Ich bitte die Zwischenrufe auf allen Seiten zu unterlassen!

Abg. Mollenhuth (fortfahrend): Wir hätten dem Centrum keinen besseren Gefallen thun können, als wenn wir den § 11a abgelehnt hätten! Es hätte dann im Lande gesagt, daß alle Mehrheiten den Witwen und Waisen hätten zugewiesen werden sollen. (Abg. Arendt: Zur Geschäftsordnung!) Vicepräsident Büsing bittet den Redner dringend, sich mehr an das Thema zu

halten.) Die Schöpfer der Geschäftsordnung haben es jedenfalls für unmöglich gehalten, daß der Reichstag einmal soweit herunterkommen würde, um so mit der Geschäftsordnung umzugehen, wie es jetzt geschieht, sonst hätten sie lieber eine Bestimmung aufgenommen, daß, wenn der Präsident über die Zulässigkeit eines Antrags im Zweifel ist, nicht die Mehrheit, sondern etwa drei Viertel des Hauses zu bestimmen hat. (Abg. Arendt: Die Minderheit!) Herr Spahn sprach von dem sorgfältig gesponnenen Netz des Tarifs. Das war ein gutes Bild. Mit diesem Netz sollen die Zwanzigtausende den Arbeitern aus der Tasche herausgeholt werden. Der Profit ist es, der Sie veranlaßt, die Geschäftsordnung und die Verfassung mit Füßen zu treten. (Verfall bei den Soz.) Vicepräsident Büsing: Es liegt mir ein Antrag auf Schluß der Diskussion über die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des berichtigten Antrags Kardorff vor.

Abg. Singer (Soz.): Ich beantrage Uebergang zur einfachen Tagesordnung über den Schlußantrag. (Lärm rechts.) Das Wort für diesen Antrag erhält

Abg. Stadthagen (Soz., mit großer Unruhe und Gelächter der Mehrheit empfangen): Ich halte einen Schluß dieser Geschäftsordnungsdebatte für ganz unzulässig. Es ist jetzt an der Zeit, die Frage zu erörtern, ob nicht endlich in der vom Präsidenten Grafen Ballestrem am 27. November eröffneten Debatte über Position 5 des Zolltarifs fortgefahren werden muß. Präsident Graf Ballestrem hat damals erklärt, der Beschluß des Hauses gehe dahin, nunmehr im Zolltarif fortzufahren. Er hatte sogar meine Wortmeldung zur betreffenden Position schon entgegengenommen. Da kam plötzlich der ganz unzulässige Antrag v. Kardorff.

Vicepräsident Büsing: Ich bitte Sie, sich mehr an das Thema, den Tagesordnungsantrag zum berichtigten Antrag von Kardorff, zu halten. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Ich habe das getan. (Chol rechts.) Ich bitte, den Tagesordnungsantrag anzunehmen im Interesse der Beschleunigung unserer Geschäfte. (Lachen bei der Mehrheit.) Sie (zur Mehrheit) allein haben uns seit Donnerstag verhindert, zur Sache zu sprechen. Dr. Spahn meinte, frühere Beschlüsse zur geschäftlichen Behandlung ließen sich ändern. Aber ganz fälschlich hat die Mehrheit bei einem Antrag Brömel das Gegenteil beschlossen. (Zustimmung links.) Was bedeutet überhaupt der Antrag v. Kardorff? Was sind die „dem Reichstag am 6. Oktober 1902 vorgelegten endgültigen Beschlüsse der 16. Kommission“, von denen darin die Rede ist? Diese Beschlüsse kennen wir noch gar nicht. Ich möchte den Präsidenten bitten, sie unter Zustimmung der Antragsteller doch erst einmal verlesen zu lassen. (Sehr gut! links.) Es giebt gar keine endgültigen Beschlüsse der Kommission. Meinen Sie (zur Mehrheit) etwa die Druckache 704 b? Sie scheinen die Beschlüsse zu meinen, die Herr Metlich (nicht die Kommission) dem Präsidenten (nicht dem Reichstag) vorgelegt hat (nicht am 6. Oktober!) (Sehr gut! und große Heiterkeit bei den Soz.) Man muß doch endlich wissen, was Sie meinen. Sagen Sie es doch! (Erneute Heiterkeit links.) Meinen Sie die Beschlüsse der Kommission, die die Regierung wiederholt für unannehmbar erklärt hat? Man kann doch diese Debatte nicht schließen, bevor Sie uns endlich gesagt haben, was Sie eigentlich meinen. (Zustimmung bei den Soz.) Soll da, was in den Kommissionsbeschlüssen zweiter Lesung „Unverändert“ steht, auch in dem Tarif „Unverändert“ angeführt werden? (Heiterkeit.) Außerdem war die Kommission am 6. Oktober überhaupt nicht in beschlußfähiger Anzahl beisammen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wenn Tarifstellen haben Sie bereits in namentlicher Abstimmung als Teile des Tarifs angenommen. Wollen Sie auch das leugnen? Hat uns nicht Graf Kanitz selbst zugestanden, daß bis zu den Pferdeböllen inklusive die Beratung durchaus sachlich vor sich gegangen sei. Was sind denn das für wunderbare Beschlüsse, die dem Reichstag von der Kommission endgültig vorgelegt sein sollen. Die Kommission hat ja über sehr viele Teile keinen schriftlichen Bericht erstattet. Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag auf einfache Tagesordnung. Ich hoffe, Sie werden während der Abstimmung sich noch einmal die Gründe für unseren Antrag klar machen.

Als in der Kommission unhaltbare Beschlüsse gefaßt wurden, beantragte mein Freund Bebel, die Verhandlungen im Plenum weiter zu führen. Man wollte damals das Plenum nicht berufen, weil es ohne Diäten doch nicht vom April bis zum Oktober zusammenzukommen sei.

Vicepräsident Büsing: Die Frage der Diäten steht in keinem Zusammenhang mit dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, ich rufe den Herrn Abgeordneten zur Sache!

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Der Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte ist ganz sinnlos. Vor allem dürfen Sie das Wort zur Geschäftsordnung nicht abschneiden in einer politisch so erregten Zeit. Laden Sie nicht durch Ablehnung unseres Antrags das Odium auf sich, daß Sie mit Ihrem Schlußantrag die Minorität wieder überrollen wollen. (Bravo! bei den Soz.)

Gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. v. Tiedemann (konf.): Daß ich auf die Ausführungen des Abg. Stadthagen mit keinem Worte eingehe, liegt auf der Hand. Ich bitte Sie aus Gründen der Geschäftsordnung, den Antrag auf einfache Tagesordnung abzulehnen. Der Schluß einer Diskussion kann auf zwei Arten erfolgen: einmal durch einen Schlußantrag und zweitens durch einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Diese beiden Anträge können aber nicht nebeneinander herlaufen. (Stürmische Unterbrechungen links: Bravo! Bravo! das sind ja unsere Deduktionen!) Ich bedaure, daß heute zum erstenmal seitdem der Reichstag tagt (Lache links: Nein, nein! Sie haben es selbst so eingeführt!) über einen Schlußantrag der Antrag auf einfache Tagesordnung zugelassen worden ist. Ich erhebe hiermit ausdrücklich Widerspruch dagegen, daß dies Verfahren sich in die Praxis einführt. Sollte wiederum ein Fall vorkommen, wie der heutige, so würden wir von der Entscheidung des Präsidenten an die Mehrheit appellieren. (Große Unruhe links.)

Vicepräsident Büsing: Herr Abg. v. Tiedemann, Präsident Graf Ballestrem hat vorhin ausdrücklich die Zulässigkeit eines solchen Antrags erklärt, ich halte es nicht für angemessen, in seiner Abwesenheit seine Maßregel zu kritisieren; ich selber habe nur weitergeführt, was er angeordnet hat.
 Abg. v. Tiedemann (Heidep.): Dem augenblicklichen Präsidenten habe ich keinen Vorwurf machen wollen, ich wiederhole nur meinen Protest, damit nicht auf die heutigen Fälle später als Präcedenzfälle verwiesen wird.
 Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Singer auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes: Der Antrag Singer auf Uebergang zur Tagesordnung über den Schlußantrag zur Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des „berichtigten“ Antrags v. Kardorff wird mit 215 gegen 74 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen (Präsenzliste: 201) abgelehnt.

Darauf erfolgt die Abstimmung über den Schlußantrag, die auf Antrag Singer (Soz.) wieder eine namentliche ist. Der Schlußantrag wird bei einer Präsenzliste von 202 Abgeordneten mit 214 gegen 70 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die angefochtene Zulässigkeit des berichtigten Antrags v. Kardorff. Auch diese Abstimmung ist auf Antrag Brömel (freis. Vg.) eine namentliche. Sie ergibt die Zulässigkeitsklärung des neuen Antrags v. Kardorff mit 200 gegen 44 Stimmen

bei 9 Stimmenthaltungen. Ein Stimmentzettel ist unzulässig. Die Präsenzliste beträgt 251.

Am 7 Uhr wird ein Verfassungsantrag des Abg. Koeslde-Deffau (wildlib.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Vicepräsident Büsing: Ich wiederhole, was bereits von hier aus proklamiert ist: daß die Diskussion eröffnet ist über § 1, 1 der Kommissionsbeschlüsse mit dem Antrag Kardorff und den Amendements dazu.

Abg. Brömel (freis. Vg. zur Geschäftsordnung): Das Haus hat bereits über die weitere geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Vorlage beschlossen. Am 27. November machte der Präsident den Vorschlag, die einzelnen Nummern des Zolltarifs zur Diskussion zu stellen. Er sagte ausdrücklich: „Ein Widerspruch aus dem Hause hat sich nicht erhoben. Wir werden daher so verfahren.“ (Hört, hört! links.) Das ist die gewöhnliche Formel bei Beschlüssen des Hauses. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine Abänderung dieses Beschlusses aber ist jetzt nicht mehr möglich. Ich berufe mich dafür auf den Vorgang bei § 5 des Zolltarifgesetzes. Ich schlug damals eine Abänderung der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung dieses Paragraphen vor. Da gab es auf der rechten Seite wüste Lärmereien. Ich wurde durch den Präsidenten sogar verhindert, meinen Antrag auch nur zu begründen. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. (Stürmische Zustimmung links.) Auch jetzt kann die Abänderung des damals vom Hause gefaßten Beschlusses nicht mehr erfolgen. Der Präsident schlug eine sachliche Behandlung des Zolltarifs vor. Der Antrag Kardorff machte das unmöglich. Wenn Herr Wasserhagen sagt, man könne den ganzen Zolltarif in den Antrag Kardorff hineinarbeiten, so ist das die schlimmste Verurteilung des Antrags von Kardorff. (Verfall links.)

Vicepräsident Büsing: Der Vorgang in der Sitzung vom 27. November war der folgende. Abg. Herold hatte als Berichterstatter über die noch ausstehenden Petitionen zum Zolltarifgesetz referiert. Damit war das Tarifgesetz erledigt bis auf § 1, 1. Darauf erklärte der Präsident: „Wir werden jetzt nach Beratung des Zolltarifgesetzes in die Beratung des Zolltarifs eintreten.“ (Zuruf bei den Soz.: „Würden“ ist neu — Unruhe) — ich lese genau vor — „Inwiefern derselbe noch nicht beraten ist.“ Dann kamen die Vorschläge des Präsidenten über den Aufruf der einzelnen Nummern zc. Darüber entspann sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Darauf wiederholte der Präsident seine Vorschläge und fügte hinzu: „Ein Widerspruch aus dem Hause hat sich nicht erhoben, wir werden daher so verfahren.“ (Hört, hört! links.) Das war der Willensausdruck des Präsidenten, der auf diesem Stuhle saß. Darauf meldete sich Abg. v. Kardorff zum Wort zur Geschäftsordnung und brachte seinen bekannten Antrag ein. Das Haus hatte in dieser Frage noch keinen Beschluß gefaßt. Der Präsident hatte nur seine Vorschläge gemacht, im Falle das Haus in die Verhandlung über den Zolltarif eintreten würde. Dieser Eintritt in die Beratung des Zolltarifs ist unterbrochen durch den Antrag v. Kardorff. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Infolgedessen liegt kein Beschluß des Hauses vor; die Diskussion über den Zolltarif ist niemals eröffnet worden. (Große Unruhe links.)

Abg. Beck-Goburg (freis. Vp.) versucht noch einmal, den berichtigten Antrag Kardorff wegen der fehlenden Unterschriften für unzulässig zu erklären, wird aber von Vicepräsident Büsing daran verhindert.

Abg. Singer (Soz.) stellt aus dem Stenogramm der Sitzung vom 27. November fest, daß durch die Worte des Präsidenten „ein Widerspruch ist nicht erfolgt, wir werden also so verfahren“ ein Beschluß des Hauses vorliegt, durch den die Diskussion über den Zolltarif bereits eröffnet ist. Die Diskussion über den Zolltarif hat aber schon viel früher durch die Diskussion über die Mindestsätze begonnen, mit denen die Maximalpositionen des Zolltarifs mit verbunden waren. Wie können wir noch auf irgend einen Beschluß des Hauses vertrauen, wenn alles nachträglich wieder umgedrückt wird. Die Majorität ist bereits Gegenstand des allgemeinen Gespöts. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag Kardorff kann naturgemäß erst zur Abstimmung gelangen, wenn der Tarif durchberaten ist. Es heißt in dem Absatz 1 des § 1: „Bälle werden erhoben nach Maßgabe des nachstehenden Tarifs.“ Der Antrag Kardorff will eine andere Fassung dieses Absatz 1, beide Fassungen müssen diskutiert werden und dann erst kann sich das Haus für eine der beiden Fassungen entscheiden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vicepräsident Büsing: Ich kann mich der Auffassung des Herrn Singer nicht anschließen. Präsident Graf Ballestrem hat damals gesagt: „Wir würden jetzt in die Verhandlung des Zolltarifs eintreten“, hat dann den Verhandlungsmodus angegeben und dann stellte er die Frage, ob gegen den Verhandlungsmodus, der sich bezieht auf die absolut unangefochtenen Nummern des Zolltarifs, ein Widerspruch aus dem Hause erhoben wird. Ein solcher Widerspruch ist nicht erhoben worden, also kein Widerspruch gegen den Verhandlungsmodus, der eingehalten werden soll, sobald in die Verhandlung des Zolltarifs eingetreten wird. In diese Verhandlung ist überhaupt nicht eingetreten worden, es ist niemals die Diskussion über den Zolltarif oder einzelne Positionen desselben eröffnet worden. (Lebhafte Bravo! bei der Mehrheit, große Unruhe links.)

Ein Verfassungsantrag des Abg. Koeslde-Deffau (wildlib.) wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) schließt sich den Ausführungen des Vicepräsidenten Büsing vollinhaltlich an.

Vicepräsident Büsing: Es ist Schluß der Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Zolltarifs vor dem Antrag v. Kardorff einzutreten ist.

Abg. Bebel (Soz.): Ich beantrage über diesen soeben verlesenen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. (Abg. v. Kardorff: Das ist nicht zulässig.)

Vicepräsident Büsing: Wie vorher von Herrn v. Tiedemann erklärt und jetzt von Herrn v. Kardorff wiederholt worden ist, bestehen im Hause Bedenken darüber, ob ein solcher Antrag bei Schlußanträgen zulässig ist. Wir haben heute zweifeln den Antrag zugelassen, wenn aber von mehreren Seiten Bedenken laut werden, so muß ich einen Beschluß des Hauses herbeiführen. (Stürmische Unterbrechungen links. Rufe: Selbst entscheiden!) Ich habe den Antrag zugelassen und bin gewillt, das auch ferner zu thun. Wenn ich aber meine Ansicht zum Ausdruck gebracht habe und sie wird nicht gebilligt, so bleibt kein anderes Mittel übrig, als das Haus entscheiden zu lassen. (Erneute stürmische Unterbrechungen links. Rufe: Niederlegen!) Als vor drei Wochen Abg. Brömel beantragte, die beschlossene Zusammenfassung verschiedener Positionen durch einen neuen Beschluß wieder aufzuheben, habe ich erklärt, ich „alte diesen Antrag für unzulässig“. Darauf erhob sich der Widerspruch der Linken. Ich blieb bei meiner Anschauung. Ich bemerkte, wenn meine Anschauung auf Widerspruch stieß, müßte das Haus entscheiden. Darauf sagte Herr Singer am 7. November: „Das, wenn die Anschauung des Präsidenten auf Widerspruch trifft, ein Beschluß des Hauses herbeigeführt werden muß.“ Er fuhr fort: „Das ist ganz selbstverständlich.“ (Hört, hört! rechts.) Ich habe es gar nicht anders erwartet. Ich habe nicht angenommen, daß der Herr Präsident seine Ansicht dem Hause auf dem Wege der Diktatur aufzuzwingen würde.“ (Stürmische Hört, hört! rechts.) Ich schlage das selbe Verfahren ein, daß Herr Singer für selbstverständlich erklärt hat. (Stürm. Widerspruch v. d. Soz.: Das ist doch heute ganz anders!) Ich habe Ihnen bewiesen, daß ich den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zugelassen habe und ihn auch jetzt aufheben würde, wenn kein Widerspruch erfolgt. Der Widerspruch ist erfolgt und selbstverständlich werde ich das Haus entscheiden lassen. (Großer Lärm bei der Opposition. Abg. Gothein stürmt die Tribüne

hinzu und spricht heftig auf den Präsidenten ein. Stürm. Rufe: Der Widerspruch ist ja zurückgezogen!

Vizepräsident Bülling (nachdem er mühsam durch fortwährendes Säuten die Ruhe hergestellt hat): „Wird der Widerspruch aufrecht erhalten?“ (Abg. Dr. Arendt [Rechtsortel]: Ich halte ihn aufrecht! — Großer Lärm bei der Opposition.)

Vizepräsident Bülling: Wir werden über den Widerspruch diskutieren und dann abstimmen lassen, ob ein Antrag auf Tagesordnung in diesem Falle zulässig ist.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Rebel (Soz.): Wir ziehen nur die Konsequenz Ihres eigenen Verhaltens. Sie haben selber festgestellt, daß ein Antrag auf einfache Tagesordnung auch nach Schluß der Diskussion gestellt werden kann. Die beiden Präsidenten, Graf Vallasstrem und Bülling, haben zu zwei verschiedenen Malen heute einen Antrag auf einfache Tagesordnung für zulässig erklärt auch gegenüber dem Antrag auf Schluß der Geschäftsordnung. (Stürmische Zustimmung bei der Opposition, Lärm bei der Mehrheit.) Und nun will Herr Bülling, weil ein beliebiges Mitglied des Hauses Zweifel erhebt, mit einem Male die Verammlung entscheiden lassen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Es war seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, selbst zu entscheiden. (Stürmischer Beifall bei der Opposition, Lärm bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Bülling: Was meine Pflicht und Schuldigkeit ist, darüber bitte ich mich entscheiden zu lassen. (Bravo! b. d. Mehrheit.)

Abg. Rebel (fortfahrend): Dies Vorgehen ist einfach unglaublich und wird in der ganzen Welt nicht verstanden werden. Auf diesem Wege kann ja jede Bestimmung der Geschäftsordnung umgewandelt werden. Dann haben wir überhaupt kein Recht mehr. (Virenter Beifall bei der Opposition.) Sie haben gegen uns entschieden, als wir der Meinung waren, daß eine solche Anwendung des Antrags auf Uebergang zur Tagesordnung nicht zulässig war. Denn haben wir uns auf den Boden Ihrer Aufschauung gestellt und nun erklären Sie das wieder für nicht zulässig. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.)

Wo in der Welt ist jemals ein Parlament gewesen, das ein solches Schauspiel bietet. Der Präsident weiß von vornherein, daß die Mehrheit gegen ihn entscheiden wird. Dieses Urteil ruhig von der Mehrheit entgegennehmen, dazu gratulieren wir dem Herrn Präsidenten! Was er sich besonnen lassen, wir haben kein Vertrauen mehr zu ihm. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage namentliche Abstimmung. (Erneuter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gotthelm (reif. Vg.): Schritt für Schritt schreiten Sie weiter auf der Bahn der Ungezogenheit. Ich wundere mich, daß Sie sich nicht vor sich selber schämen. (Bravo! bei den Soziald.)

Abg. Spahn (Centr.) (mit großer Unruhe links empfangen, die sich aber rasch legt) macht den Vorschlag, die Frage der Geschäftsordnungskommission zu übergeben. Es handelte sich doch um sehr gewichtige Beocenten, die heute gegen die Verwendung des Antrags auf Tagesordnung einem formellen Schlußantrage gegenüber laut geworden seien. Die Frage müßte in der Geschäftsordnungskommission ruhig geprüft werden. In diesem Augenblick aber weige er zu der Ansicht, daß heute eingeschlagenes Verfahren treu zu bleiben und die Begründung des Antrags auf Uebergang zur Tagesordnung auszulassen.

Abg. Sildtman (Soz.): Sie fürchteten sich vor den Konsequenzen der eigenen Geschäftsordnungsreform, das beweist die Rede des Herrn Spahn. Wenn Sie fortfahren, in dieser Weise Ihre Uebermacht gegen uns zu beweisen, so werden wir die Mehrheit nicht bloß betampfen, sondern vernichten müssen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lärm und Gelächter bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg, der inzwischen den Vorstoß übernommen hat, schlägt vor, jetzt darüber abzustimmen, ob nicht zunächst die Anwesenheit der Geschäftsordnungskommission überwiesen werden soll. (Stürmischer Widerspruch links.) Der Widerspruch gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung ist zurückgezogen. (Rufe links: „Nein, nein!“)

Unter allgemeinem Wirrwarr bekommt schließlich

Abg. Ledebour (Soz.) das Wort zur Geschäftsordnung: Es liegt hier gar kein Widerspruch vor. Herr v. Tiedemann hat gar keinen Widerspruch erhoben. Bei einer vorausgehenden Abstimmung hat er allgemeine Bedenken geltend gemacht. Dadurch, daß er diesen Widerspruch nicht aufrecht erhalten, sondern sich an der Abstimmung beteiligt hat, hat er diesem Widerspruch einen rein akademischen Charakter gegeben. In dem Bewußtsein, sich verbauen zu haben, hat Vizepräsident Bülling dann gesagt, ob jemand den Widerspruch aufrecht erhalte. Dadurch, daß er diese Frage gestellt hat, hat er zugegeben, daß ein solcher Widerspruch gar nicht rechtskräftig vorliegt. Als freiwilliger Helfer hat sich dann Herr Arendt gemeldet. Das ganze Verfahren des Präsidenten ist ordnungswidrig. (Stürmischer Beifall bei der Opposition. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Halten Sie diese Worte aufrecht?

Abg. Ledebour: Ja!

Vizepräsident Graf Stolberg: Dann rufe ich sie zur Ordnung. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Erst Herr Spahn ist dann als Retter in der Not aufgetreten und hat versucht, die Mehrheit herauszureißen. Mehr und mehr wird sich die Ueberzeugung im Volke verbreiten, daß materieller Interessen wegen das Recht des Reichstags vernichtet wird. (Stürmischer Beifall bei der Opposition.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Der Widerspruch ist zurückgezogen. (Unterbrechungen der Opposition.) Herr Spahn hat beantragt, die Frage der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Wir kommen nun zunächst zur Frage, ob erst über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgestimmt werden soll oder über den Antrag auf Ueberweisung an die Geschäftsordnungskommission. (Ungeheurer Lärm und allgemeine Verwirrung. Singer und Rebel rufen: Zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsordnung.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich werde einem Redner für und einem gegen das Wort erteilen. (Abg. Singer: Zur Geschäftsordnung!) Es ist Widerspruch erhoben gegen meinen Vorschlag. Ich werde das Haus entscheiden lassen. Ich bitte, daß diejenigen Herren, die erst über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abstimmen wollen, sich von den Bänken erheben. (Ungeheurer Lärm. Auzid, Rebel und Singer eilen auf die Tribüne zum Präsidenten, um sich zum Wort zu melden.) Ich konstatiere, daß das die Mehrheit ist. (Erneute Unterbrechungen.) Ich habe eben abstimmen lassen, ob wir erst den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung verhandeln wollen oder erst den Antrag, die Frage der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Es ist beschlossen, daß erst der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung verhandelt wird. Dazu hat einer für und einer gegen das Wort. Wer von den Herren (zu den Soz.) will dafür reden? Rebel oder wer will denn sonst? (Unmäßiges Getöse bei der Erregung und das Wort erhält)

Abg. Rebel (Soz.): Es ist zweifellos, daß Präsident Graf Vallasstrem die Beratung des Kollartiss am 27. November eröffnet hat. Hätte Herr v. Kardorff damals Widerspruch gegen diesen Vorschlag des Präsidenten erhoben, so würde Graf Vallasstrem ihn zweifellos zurückgewiesen haben, da Graf Vallasstrem bereits erklärt hat, „ein Widerspruch gegen meinen Vorschlag ist nicht erfolgt.“ (Sehr richtig! links.) Der Antrag Kardorff bezieht sich auf eine ganz andere Materie, auf den § 1 des Kollartissgesetzes. Sie haben ihn gegen unsern Widerspruch für zulässig erklärt, aber damit haben Sie nicht entschieden, daß der Antrag Kardorff jetzt zur Verhandlung kommen muß. (Sehr richtig! links.) Vorher muß vielmehr der Tarif erledigt werden. Wenn Sie noch objektiv denken könnten, würden Sie das einsehen. Wir sind ja überzeugt, daß Sie auch hier wieder Gewalt vor Recht gehen lassen werden. Wir werden es uns aber jedenfalls nicht nehmen lassen, vor dem Lande festzustellen, welches schreiendes Unrecht hier Tag für Tag von der Mehrheit verübt wird. Hier paßt in der That das Wort des

Dichters: Das ist der Kluch der bösen That, daß sie fortzuehend Böses muß gebären. (Lebhafte Bravo! links.)

Das Wort neben den Antrag auf einfache Tagesordnung erhält Abg. v. Tiedemann (Rechts): Ich begreife nicht die letzten Auseinandersetzungen des Herrn Abg. Rebel. Selbst wenn das Haus einen Beschluß gefaßt hätte, in die Beratung der einzelnen Tarifpositionen einzutreten, so wäre es doch in jeder Minute im Stande, diesen Beschluß abzuändern. (Stürmische Zurufe links.)

Abg. Rebel: Sie haben ja selbst entgegengelehrt entschieden! Ich bitte Sie, den Antrag auf einfache Tagesordnung abzulehnen. Die namentliche Abstimmung über den Antrag auf einfache Tagesordnung über den Schlußantrag Normann ergab die Ablehnung der einfachen Tagesordnung mit 211 gegen 88 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Vizepräsident Graf Stolberg: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag v. Normann auf Schluß der Debatte, darüber, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Kollartiss vor dem Antrag von Kardorff einzutreten ist. Ich bitte, daß diejenigen, welche dafür stimmen, daß ein Beschluß des Hauses vorliegt, sich erheben. (Stürmische Unterbrechungen links.) — Ich bitte sehr um Entschuldigung — ich bitte, daß diejenigen Herren, welche die Diskussion über die Frage, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, nach welchem in die Beratung des Kollartiss vor dem Antrag v. Kardorff einzutreten ist, annehmen wollen mit ja (Stürmische Zurufe links: Zur Fragestellung!) Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche dem Schlußantrag über die Geschäftsordnungsdebatte zustimmen wollen. . . (Stürmische, minutenlange Unterbrechungen links.) Abg. Singer ruft ständig: Zur Fragestellung! Es ist illus., daß der Präsident, wenn Zweifel über die Fragestellung bestehen, das Wort zur Fragestellung erteilt! Vizepräsident Graf Stolberg: Wir befinden uns bereits in der Abstimmung! Rufe links: Nein! Nein! Zur Fragestellung! Nach minutenlangem Lärm erteilt endlich Vizepräsident Graf Stolberg dem Abg. Singer das Wort.)

Abg. Singer (Soz.): Ich bin überzeugt, daß hier im Hause außer den Herren, die den Antrag schriftlich formuliert haben, niemand weiß, was eigentlich in dem Antrag steht, den der Präsident sorben verlesen hat. Das kommt davon, wenn Sie Augenblicksanträge formulieren, die dem Hause nicht einmal im Druck vorliegen. (Lärm bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort lediglich zur Fragestellung. . .

Abg. Singer: Jawohl, ich komme jetzt darauf. Ich erkläre zur Fragestellung, daß ein Antrag darauf, ob ein Beschluß des Hauses vorliegt, einfach sinnlos ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich bitte, daß, bevor wir zur Abstimmung schreiten, wir den Antrag gedruckt bekommen. (Widerstand bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Es liegt ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte vor. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Welcher Debatte?) Ich bitte, daß diejenigen Herren . . .

Wiederum entsteht minutenlanges Lärm auf der Linken. Die Abg. Singer, Gotthelm und Broemel verlangen unaufhörlich das Wort zur Geschäftsordnung. In dem Tumult scheint Vizepräsident Stolberg die Abstimmung durch Erheben von den Bänken anzuordnen. Abg. Vachem steht auf und winkt seinen Freunden, sich von den Bänken zu erheben. Während das Centrum dem Winke folgt, bleibt die Rechte sitzen. Endlich verschafft sich Vizepräsident Stolberg Gehör.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe übersehen, daß diese Abstimmung eine namentliche ist. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich hätte zu diesem Antrage die Unterstützungsfrage stellen müssen, ich habe das nicht getan, weil ich von selbst annahm, daß der Antrag unterstützt werden würde. (Erneute stürmische Heiterkeit links.)

Der Antrag wird nunmehr genügend unterstützt und die namentliche Abstimmung vorgenommen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist folgendes: Der Antrag von Normann auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte wird bei einer Präsenziffer von 278 Abgeordneten mit 209 gegen 88 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Dr. Spahn-Liedemann auf Entscheidung der Frage durch die Geschäftsordnungskommission, ob zu einem Antrag auf Vertagung oder Schluß der Debatte der Antrag auf einfache Tagesordnung zulässig ist.

Die Mehrheit erhebt sich zur Unterstützung dieses Antrages.

Vizepräsident Graf Stolberg: Die Abstimmung ist eine namentliche. (Lebh. Zurufe b. d. Soz.) Ueber den Antrag ist bereits vorher debattiert worden. (Lebh. Rufe: Nein! Nein! b. d. Soz. — Abg. Brömel und mehrere andere Abgeordnete verlangen das Wort.) Ich habe das Haus gefragt, ob die Abstimmung über diesen Antrag vor der Abstimmung auf einfache Tagesordnung vorgenommen werden sollte oder nach dieser Abstimmung. Darauf hat sich das Haus dafür entschieden: Zuerst sollte die Abstimmung über die einfache Tagesordnung erfolgen, dann die Abstimmung über die Ueberweisung an die Kommission. (Abg. Singer ruft erregt: Nein! — Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete verlangen das Wort zur Abstimmung. Allgemeine große Unruhe. Auf der rechten Seite und im Centrum erhebt sich ein Lärmender, immer lauter anschwellender Tumult. Der lebhafteste Widerspruch der Linken dauert fort — Vizepräsident Graf Stolberg läutet andauernd mit der Glocke, ohne daß ihre Töne in dem stürmischen Lärm durchdringen. Endlich verschafft sich der Vizepräsident mühsam ein wenig Gehör.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Wir befinden uns in der Abstimmung. (Erneuter stürmischer Widerspruch b. d. Soz.) Wenn Sie sich über meine Geschäftsordnung beschweren wollen, so können Sie morgen protestieren. (Erregte Zurufe b. d. Soz.: Nein! — Wieder erhebt sich lauter Widerspruch der Linken. Abg. Hoch (Soz.) ruft andauernd: Debatte! Debatte! Auch Abg. Singer (Soz.), der sich auf der Tribüne zur Rednertribüne aufgestellt hat, ruft wiederholt zum Vizepräsidenten gewandt: Debatte! Fragestellung!) Der Vizepräsident wiederholt: Wir sind in der Abstimmung! Abg. Singer ruft: Nein! Nein! Wieder erschallen von den Bänken der Sozialdemokraten und der freiwilligen Vereinigung stürmische Rufe des Protestes und der Entrüstung. Abg. Singer apostrophiert andauernd den Vizepräsidenten, indem er mit erregtem Tone das Wort verlangt. Der Lärm bei der Mehrheit schwillt immer drausender an. Andauerndes Läuten der Glocke.)

Vizepräsident Graf Stolberg will die namentliche Abstimmung eröffnen und sagt: Ich bitte, daß diejenigen Herren — (Erneute stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Debatte! Debatte!) Wieder erhebt sich ein ungeheurer Tumult. Vizepräsident Graf Stolberg schwingt fortwährend in aufgeregter Weise die Glocke, ohne daß der Lärm im geringsten abnimmt. Endlich fliegt die Glocke dem Vizepräsidenten aus der Hand und fällt vor dem Tische des Präsidenten stürzend zur Erde nieder. Die Sozialdemokraten nehmen dies Ereignis mit Händeklatschen und stürmischer Heiterkeit an. Ein Schriftführer verläßt seinen Platz, hebt die Glocke auf und giebt sie dem Präsidenten zurück, der sofort auf neue zu läuten beginnt, aber die Glocke giebt nur noch ganz leise blecherne Töne von sich. Wieder hört man von den Bänken der Sozialdemokraten stürmische Rufe ertönen: Debatte! Debatte! Auf den Bänken der Wehrten erhebt sich ein ungeheurer Lärm, minutenlang dauert das wilde Getöse bei der Mehrheit fort. Wüßlich erheben sich sämtliche konservative und Centrumsteute auf einen Schlag und wenden sich mit brausenden Zurufen zum Vizepräsidenten. Einzelne Worte sind in dem wüsten Tumult nicht zu verstehen. Von den Bänken der Sozialdemokraten erschallt es fortgesetzt: Debatte! Debatte! Vizepräsident Graf Stolberg hat zu läuten aufgehört und sitzt schweigend auf dem Präsidentenstuhl.

Währenddessen haben die Schriftführer begonnen zur namentlichen Abstimmung die Stimmen einzufassen. Die Einzahlung erfolgt unter andauernder Bewegung des Hauses. Immer von neuem verlangen die Sozialdemokraten das Wort zur Geschäfts-

ordnung. Vizepräsident Graf Stolberg rebet auf sie ein, ohne daß seine Worte zu verstehen sind. Als er nach einer Weile die Abstimmung für geschlossen erklärt, ertönen demonstrativer Beifall der Mehrheit und erneute Protestrufe links. Die sozialdemokratischen Abgeordneten beteiligen sich an dieser Abstimmung nicht.

Vizepräsident Graf Stolberg verfährt unter verhältnismäßiger Ruhe das Abstimmungsergebnis. Gestimmt haben 229 Mitglieder und zwar 227 mit ja, 2 enthalten sich. Der Antrag Spahn-Liedemann ist also der Geschäftsordnungskommission überwiesen. (Die Unruhe wächst wieder.)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich habe im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir gegen die eben vorgenommene Abstimmung Protest einlegen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wir betrachten die Abstimmung als nicht vorhanden. Der Präsident hat erklärt, der Antrag hätte zur Diskussion gestanden und wäre debattiert. (Auf rechts: „Ist das der Fall gewesen?“) Nein, das ist nicht der Fall gewesen. Das geht schon daraus hervor, daß der Präsident erst die Unterstützungsfrage gestellt hat, als er zur Abstimmung ging. Man kann aber nicht über einen Antrag debattieren, bevor die Unterstützungsfrage gestellt ist. Wollen Sie diesen Bruch der Geschäftsordnung noch in ihr Bouquet stecken, wir haben nichts dagegen. (Großer Lärm rechts.) Der Beschluß, zu dem sich der Präsident hergegeben hat, ist rechtsunwirksam. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition. Großer Lärm bei der Mehrheit. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe den Redner zur Ordnung. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Singer (fortfahrend): Der Beschluß ist rechtsungültig, weil die Geschäftsordnungsmäßige Form nicht innegehalten ist. Daß der Präsident vor der Abstimmung die Unterstützungsfrage stellt, ist im Deutschen Reichstag noch nicht vorgekommen. Auch dieses Vorkommen kann ich nur Ihrer Kollartisswut zuschreiben. Der Präsident hat nicht einmal den Antrag verlesen, bevor er zur Abstimmung gekommen ist. (Widerstand bei der Mehrheit.) Sie schlagen der Wahrheit ins Gesicht mit diesen Behauptungen. Sie können durch Ihre Gewaltpolitik doch nicht offenkundige Unthaten ins Gegenteil verkehren. Ebenso können Sie auch dekretieren: „Schwarz ist nicht schwarz, sondern weiß.“ Wenn der Präsident die Geschäftsordnung achten will, muß er den Antrag zur Diskussion stellen, nachdem er vorher die Unterstützungsfrage gestellt hat. Erst nach der Debatte kann abgestimmt werden. (Beifall bei der Opposition.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe bereits erklärt, daß der Beschluß rechtskräftig gefaßt ist. (Vielache Pfui-Rufe bei der Opposition.) Diejenigen Abgeordneten, die Pfui gerufen haben, rufe ich zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Nach einer Pause

Vizepräsident Graf Stolberg: Einem mehrfach an mich gerichteten Wunsch entsprechend, schlage ich vor, sich zu verlagen und beräume die nächste Sitzung auf morgen 12 Uhr an. (Widerstand bei den Sozialdemokraten. Rufe: Anberaumen?) Barbon, ich wollte sagen, ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen 12 Uhr zu halten.

Abg. Singer: Das muß doch erst beschlossen werden!

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich schließe die Sitzung.

Aus der Partei.

Zur Politik der Fabier. Aus London schreibt man uns: Die sozialistische Gesellschaft der Fabier sandte zum Internationalen sozialistischen Kongreß, der im nächsten Jahre in Amsterdam tagen wird, vier Resolutionen, von denen diejenige über Gewerkschaften und Politik einen entschieden sozialistischen Fortschritt bedeutet. Sie lautet:

Der Kongreß giebt seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß sich bei den Trades Unions die Neigung in wachsendem Maße kundgibt, mit den Sozialisten in der Tagespolitik zusammen zu arbeiten; der Kongreß erklärt seine größtmögliche Freundschaft gegenüber allen Organisationen der Arbeiterklasse. Da aber in vielen Fällen reaktionäre Trade Unionskandidaten aufgestellt wurden, so legt es der Kongreß allen sozialistischen Körperchaften aus sich, daß es wichtig sei, ihre besondere sozialistische Politik zu wahren und ihre sozialistischen Organisationen intakt zu erhalten.

Die übrigen drei Resolutionen beziehen sich auf die Einrichtung von obligaten Schiedsgerichten nach neuseeländischer Muster, auf die Festhaltung an dem Princip eines Lohnminimums und auf die Uebernahme des Spiritusosenhandels durch den Staat oder die Gemeinde.

Aus der Redaktion des Sächsischen Volksblattes (Zwickau) schreibt heute Genosse Albert aus, um in die Redaktion der Magdeburger Volksstimme einzutreten. Albert war 2 1/2 Jahre in Zwickau thätig.

In die Redaktion der Schwäbischen Tagwacht ist Genosse Bildstein-Compiant eingetreten.

Bei den Gemeindevahlen in Fürth sind unsere Genossen unterlegen.

Erwartet wird vor einem russischen Spitzel. Romanus Isaak Berij aus Moskau, ungefähr 28 Jahre alt, er spricht deutsch, polnisch, russisch, jiddischen Jargon, französisch, italienisch und arabisch. Berij wurde überführt, in den Jahren 1898 bis 1899 in russischen Diensten gestanden zu haben. Nachdem er den Polizeidienst verlassen hatte, schloß er sich nachheintend den sozialdemokratischen Organisationen in Lenberg (Oesterreich), St. Gallen und Genf an. Mitte Oktober 1901 war Berij in London bei Tscherskoff, wurde aber erkannt und rausgeworfen. Jetzt soll er sich in Brüssel aufhalten, wo er in die universitäts nouvelle eintreten will.

Zur Textilarbeiterbewegung.

Meerane, 8. Dezember. Schaffers Bureau meldet: Der große Generalstreik der hiesigen Webereiarbeiter ist in ein neues Stadium getreten. Die Ausländigen haben gestern den Fabrikanten einen neuen Tarif unterbreitet und beschloßen, bei abermaliger Ablehnung des Tarifs seitens der Fabrikanten nie wieder Schritte zur Beilegung des Streiks einzuleiten.

Von Nah und Fern.

Feuersbrunst.

Wohum, 2. Dez. Bei einem Feuer in einer hiesigen Konditorei ist ein Mädchen durch einen Sturz von der Höhe ums gekommen. Mehrere Personen sind schwer verletzt.

Sturm auf See.

London, 3. Dez. In der Nordsee wüthete ein furchtbarer Sturm. Circa 80 Schiffe suchten im Hafen von Shields Zuflucht.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!